

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 11.

Dienstag, den 14. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Für und wider den Zwischenhandel.

„Dem schlecht unterrichteten Kanzler“ widmet der Rechtsanwalt Dr. Vielhaben, Ehrenmitglied des Brandenburgischen Bezirksvereins im deutschen Fleischerbunde sowie der „Fleischermeister Amerikas“, eine Broschüre, deren Ziel es ist, die Reichstagsausführungen Bethmanns und des preussischen Landwirtschaftsministers am 27. und 28. November über den Zwischenhandel und seine Verteuerung der Fleischpreise zu widerlegen.

Wir wissen längst, daß es ein törichtes Geschwätz unserer Agrarier ist, wenn sie alle Schuld an den teuren Lebensmittelpreisen auf den Zwischenhandel abzuschieben versuchen. In erster Linie, darüber kann gar kein Zweifel bestehen, ist unsere junkerliche Zollpolitik für die unnatürliche Höhe der Preise so vieler wichtiger Nahrungsmittel verantwortlich zu machen. Aber ebenso töricht wäre es doch auch, zumal nach den Erfahrungen gerade der letzten Wochen, den Zwischenhandel von aller Schuld freizusprechen und in einem unbehelligten Wuchernlassen des Zwischenhandels der Weisheit letzten Schluß zu sehen, wie das der Herr Dr. Vielhaben tut.

Er bringt zwar, um seine Auffassung plausibel zu machen, einige Ausführungen, die zunächst den unkritischen Leser vielleicht blenden könnten. „Früher fuhr man von Hamburg nach Bremen mit der Postkutsche und hatte nur mit einer Person, dem Postillon, zu tun. Jetzt fährt man mit der Elektrischen zum Bahnhof, auf der sich ein Führer und ein Schaffner befinden. Auf dem Bahnhof kommt man an den Gepäckträger, an den Portier, an den Beamten am Schalter, der die Fahrkarte verkauft, an den Beamten an der Sperre, der die Fahrkarte kontrolliert, im Zuge an den Schaffner, der die Reisenden zurechtweist und die Fahrkarte kontrolliert. Zur Führung des Zuges dienen der Zugführer, der Lokomotivführer und der Heizer.“ Die Aufzählung geht weiter: „Trotzdem sich so für die Beförderung immer mehr Personen eingedrängt hätten, wäre doch weder der Weg von Hamburg nach Bremen länger noch auch die Reise teurer und unbequemer geworden; im Gegenteil, die Fahrt stelle sich heute erheblich billiger als zur Zeit der Postkutsche.“ Dies Gleichnis wird dann für die Fleischversorgung in Anspruch genommen: Wohl hätten sich zwischen Produzenten und Konsumenten immer mehr Instanzen (Händler, Kommissionär, Großschlächter, Verkäufer u. s. f.) hineingedrängt, aber das Publikum hätte davon nur den Vorteil.

Leider hinkt das Gleichnis, und gleich auf beiden Füßen. Zunächst übersteht der Verfasser der Flugschrift scheinbar ganz, daß zur Verbilligung der Reise doch am Ende auch noch etwas anderes beigetragen hat als die Zunahme der an der Beförderung mitwirkenden Personen — nämlich die veränderte Technik. (Nebenbei: es stimmt auch nicht, daß früher nur der eine Postillon für die Fahrt in Tätigkeit war: Posthalter, Pferdeknächte u. s. f. spielen doch auch eine Rolle!) Und dann: Es ist doch wohl noch ein kleiner Unterschied, ob es sich bei dem Zusammenwirken mehrerer Personen um ein organisiertes Hand-in-Hand-Arbeiten handelt, das planvoll berechnet ist und die Arbeitskraft jedes einzelnen ohne Verschwendung ausnützt — oder ob jeder nach eigenem Plan, unabhängig von den anderen, wirtschaftet und dabei seine Kraft oft genug unnötig vergeudet. Ganz gewiß kann auch in der Nahrungsmittelversorgung die Arbeitsteilung und Spezialisierung segensreich wirken, den dabei Tätigen angenehmere und lohnendere Arbeit, den Konsumenten billigere Preise schaffen. Es wäre natürlich Unfug, wollte einer verlangen, die Bauern sollten nun fortan auch ihr Vieh selbst in die Stadt schaffen, dort schlachten und verkaufen. Daß da besondere Transporteure, berufsmäßige Schlächter und Verkäufer mitwirken, ist nur von Vorteil. Was — wenigstens von unserer Seite — einzig und allein als bedenklich und preisvertuernd getadelt wird, das ist die vielfach so überaus ungeunde Organisation der Arbeitsteilung im Zwischenhandel, sofern hier das Wort „Organisation“ überhaupt noch am Platze ist. Nicht der Bedarf, nicht die Rücksicht auf eine möglichst gute und billige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln (unter Wahrung eines angemessenen Arbeitslohnes) bestimmt das Hineintreten neuer Mitwirkenden in den Produktions- bezw. Versorgungsprozeß, sondern ganz andere Faktoren — Besitz, Kredit, Unabhängigkeitsdrang, vage Spekulation — sind dafür bestimmend. So drängen sich immer zahlreichere Glieder ein, die ihre Kraft und ebenso ihr „Arbeitsgerät“ nicht mehr hinreichend ausnützen können. Zweifelloos zeigt die große Mehrzahl unserer Städte ein Vieles an kleinen Schlächterläden, deren Betrieb sich bei mäßigen Ausschlag auf die bezogenen Produkte gar nicht

rentieren kann, weil eben Verkaufsraum, Ausstattung, Beleuchtung, „Bedienung“ nicht völlig ausgenutzt werden — die Zahl der Käufer ist viel zu gering. Der Mangel einer einheitlichen starken Organisation ermöglicht es ferner, daß sich Elemente in den Versorgungsprozeß drängen, die überhaupt nicht mehr ihre Arbeit in den Dienst der Sache stellen, sondern nur noch bestimmte Mengen von Kapital, dafür aber auch ihre Bezahlung verlangen und sich eine Position erobern können, die ihnen die Macht zu einer ganz gehörigen Schröpfung der Konsumenten gibt, ohne daß diesem eine Kontrolle oder Gegenwehr möglich wäre. Ein gut Teil Schuld an den überhöhen Fleischpreisen kann man gestrotzt den „Kommissionären“ des Fleischhandels zuschieben, den eigentlichen Geldleuten des Fleischmarktes, die nach beiden Seiten hin, sowohl den Viehkaufleuten wie den einzelnen Schlächtern Kredit und Vorschüsse geben, dafür aber auch nach beiden Seiten hin innerhalb gewisser Grenzen die Preise diktieren.

Daß tatsächlich gerade im Fleischhandel die Verhältnisse ungesund sind, kann man auch aus gewissen Zahlen ersehen, die Herr Dr. Vielhaben in seiner Flugschrift mitteilt — in dem Glauben, sie könnten seine Annahmen flühen. Von 1875 bis 1907 stieg (angeblich!) der Fleischkonsum pro Kopf von 30 auf 53 Kilogramm, die Bevölkerung wuchs von 41 auf 65 Millionen. Das würde eine Steigerung des gesamten Fleischkonsums von 1250 auf 3335 Millionen Kilogramm jährlich ausmachen; mit anderen Worten, die jährliche Fleischmenge würde sich um 270 Prozent vermehrt haben. Die Zahl der im Viehhandel und im Fleischergewerbe tätigen Personen stieg im gleichen Zeitraum von 134 175 auf 283 721, d. h. sie vermehrte sich um rund 200 Prozent. Daraus möchte der Broschürenschreiber den Schluß ziehen, daß sogar gegenüber früher eine Besserung eingetreten, der Zwischenhandel zurückgegangen wäre und daß kein Grund, über ihn zu klagen, mehr gegeben sei.

Aber nur ein ganz oberflächlicher Beurteiler kann aus der Differenz zwischen der Zunahme des Fleischkonsums und der der Händler und Schlächter den Schluß ziehen, die Gesamtheit der Konsumenten brauche heute für den „Zwischenhandel“ nicht mehr viel aufzuwenden. Man darf doch nicht vergessen, daß vielerlei Verrichtungen, die früher menschliche Arbeit verlangten, heute von Maschinen verrichtet werden und zum Teil den „Zwischenhandel“ gar nicht mehr belasten; man denke nur an den Transport des Viehes, der heute vielfach so gut wie ganz von Bahnbeamten besorgt wird. Man übergehe auch nicht, daß durch das stetige Wachsen der Großstädte die Versorgung des Publikums eine viel leichtere geworden ist. Auch gegen die Berechnung selbst läßt sich sehr vieles einwenden. Endlich darf die Richtigkeit der Zahlen völlig bezweifelt werden; z. B. ist mit guten Gründen bestritten worden, daß der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung heute (bezw. 1907) 53 Kilogramm beträgt; tatsächlich dürfte das Quantum weit geringer sein, das von 1875 dagegen müßte höher angelegt werden. Würden die ersten Einwürfe eine Differenz in der Steigerung wie die zwischen 270 und 200 als viel zu gering erscheinen lassen, müssen die letzteren uns belehren, daß in Wirklichkeit wahrscheinlich überhaupt kaum eine Differenz besteht!

Zum Schluß — natürlich! — der rote Lappen! Ausschaltung des Zwischenhandels bedeutet Förderung der Sozialdemokratie und der sozialistischen Tendenzen der Entwicklung.

Und wenn schon! Sobald feststeht, daß dieser „sozialistische Schritt“, Ausschaltung eines Stückes Zwischenhandel, der großen Masse der Bevölkerung nur zuträglich ist und ihr die Existenz wesentlich erleichtert, so wird man doch kaum bedauern können, wenn der Kampf für die volle Durchsetzung des Sozialismus dadurch neue Kräfte gewinnt. Im übrigen soll man doch, wenn man vor dem Sozialismus solche Angst hat, diejenigen Personen und Verhältnisse verantwortlich machen, die an der Ausbeutung und an der schändlichen künstlichen Preissteigerung wichtiger Lebensbedürfnisse der Massen schuld sind und die Durchführung der Gegenmaßnahmen geradezu erzwingen, statt immer nur auf diesen selbst herumzureiten. Allerdings, weit würde man auch damit nicht kommen: denn Ausbeutung, Zöllwucher, Unmöglichkeit einer volkswirtschaftlich wirklich einwandfreien Organisation eines Gewerbes — das alles ist mehr oder weniger eng verknüpft mit dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem überhaupt. Dies aber beseitigen heißt ja nichts anderes als den Sozialismus wollen.

Auf die Art und Weise, wie Herr Dr. Vielhaben es möchte, wird er den „Mittelstand“ gewiß nicht retten. Vergeblich auch, wenn er in einem letzten Abschnitt versucht, die Aufmerksamkeit auf einen „Mißstand“ zu lenken, der seines Erachtens in erster Linie an der Teuerung schuld ist — auf die Schlachthof- und Fleischbeschaugebühren. Die ersten, das ergibt sich aus seinen eigenen

Darlegungen, machen auf das Kilogramm Fleisch durchschnittlich kaum mehr als 1 Pfg. und sind dazu meist noch wohlbegründet durch Verzinsung und Amortisation der Schlachthofanlagen. Was die zweiten betrifft, so verbietet ihre Verminderung die Rücksicht auf die Gesundheit des Fleisches, die eine eingehende Untersuchung erfordert. Und wenn Herr Dr. Vielhaben gar klipp und klar den Wunsch äußert, es möchte bei der Untersuchung doch nicht bloß der tierärztliche Standpunkt gewahrt bleiben, sondern mehr als heute auf den Geldwert des zu vernichtenden Fleisches Rücksicht genommen werden, so muß diese Forderung um so lebhafteren Widerspruch herausfordern, als dieser Herr Doktor an anderer Stelle wörtlich schreibt: „Der Arbeiter hat meistens einen so fernigen und gesunden Magen, daß er bedenkliches Fleisch, bei dem der verweichlichte Reiche ohne weiteres erkranken würde, ohne irgendwelche Gefährdung genießen kann.“ Das fehlte nur noch, daß die Schlächter die Möglichkeit erhielten, ihrer Arbeiterkundschaft in der Hoffnung auf den „gesunden Magen“ gesundheitsgefährliches Fleisch verkaufen zu dürfen. Man muß schon sagen, es ist ein starkes Stück, mit diesem Gedanken auch nur zu spielen!

Die Sozialdemokratie braucht keine Mittelstandsvernichterei zu treiben. Das besorgen, wie schon oft nachgewiesen, ganz andere Mächte. Aber andererseits hat sie auch keine Veranlassung, dort, wo sich gewisse Zwischenhandelsinstitutionen als der Wohlfahrt der Massen gefährlich zeigen, mit Rücksicht auf eine geringere Minderzahl von Händlern von der Propagierung solcher Maßnahmen abzusehen, die Besserung bringen könnten. Wird also z. B. durch die kommunale Fleischversorgung, die sich bereits so gut bewährt hat, auch wirklich dieser oder jener um seine alte wirtschaftliche Stellung gebracht — so mag man das menschlich bedauern. Aber unter den wuchtigen Schritten der modernen wirtschaftlichen Entwicklung haben schon Millionen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit opfern müssen. Die Erkenntnis, daß das das Ergebnis der bestehenden Wirtschaftsordnung ist, sollte nur dazu beitragen, daß möglichst viele mit möglichst größter Energie darauf hinwirken, jener neuen Zeit entgegenzutreten, in der es nicht mehr Herren und Knechte, sondern nur noch gleichberechtigte Bürger gibt. Und gerade auch der Mittelständler, der geschmeckt hat, was eine unabhängige Stellung heißt und diese nun bedroht sieht, müßte, wenn er klug wäre, das Proletariat in seinem Kampfe unterstützen!

## Politische Rundschau

Deutschland.

Sozialpolitik.

Man hat den Ruhm der deutschen Sozialpolitik in alle Welt verkündet. Umfangreiche Bücher, komplizierte Statistiken, graphische Darstellungen, Pyramiden und Ovalschen mit Goldfarbe gestrichen, sollten Zeugnis ablegen. Die Debatte, die gestern begonnen hat und wohl den größten Teil der Woche beanspruchen mag, wird indes aufs neue beweisen, was keine statistische Arbeit widerlegen kann: daß die sozialpolitische Gesetzgebung nach kargen Anfängen es längst aufgegeben hat, den dringendsten Forderungen der Arbeiterklasse und der Volkswirtschaft zu gehorchen. Bei der Generaldebatte des Etats des Innern wird dieser Beweis geführt werden, zu dem gestern schon Genosse Richard Fischer überwältigendes Material beibrachte, und nicht minder überzeugend in derselben Richtung war die Erörterung des Gesetzentwurfs über die Jugendgerichte, die ein passendes Vorpiel der sozialpolitischen Woche war.

Nach der Begründung des Entwurfs durch den Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco sagte der Redner unserer Fraktion, Genosse Stadthagen, die schweren Bedenken zusammen, die diese Vorlage aufzwingt. Seine scharfe und präzise Kritik wandte sich sowohl gegen zahlreiche Bestimmungen, die der Entwurf vorsieht, als auch gegen den Mangel an absolut notwendigen fast selbstverständlichen Maßnahmen, von denen die „Arbeiterregierung“ nichts weiß oder nichts wissen will. Und die Redner des Zentrums, der Polen und der beiden liberalen Fraktionen, die Herren Dr. Pfleger, Pospiach und die Strafrechtslehrer Professor v. Calker und Professor v. Liszt mußten sich zu einem erheblichen Teil diese Kritik zu eigen machen, während hingegen der konservative Redner höchstbefriedigt schien. Herr Giese empfand sogar darüber besondere Genugtuung, daß nach dem Entwurf die Frauen in einer Angelegenheit, in der sie vielleicht am ehesten zuständig sind, nicht zugezogen werden sollen. Derselben Meinung war auch der jüngste Reichsparteiler Herr Warmuth.

Die Kommission, an die der Entwurf ging, wird hoffentlich die wichtige Reform ernsthaft vorzubereiten wissen.

Die absolut negativen Arbeiten des Reichsamts, das ein Reichsamt für Sozialpolitik sein sollte, hatte Genosse Richard Fischer zu kennzeichnen. Diese unerläßliche Kritik, die ein System sozialpolitischer Aufbaus und Ausbaus entwickelt, ist wirklich positive Arbeit, im Gegensatz zu der Zurückhaltung, wie sie von der herrschenden Klasse grundsätzlich und praktisch geübt wird. Und unser Redner war in seiner Kritik unerbittlich, die er sowohl dem gewollten Nichtstun der Regierung wie der gewollten Untätigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüberstellte. Richard Fischer begnügte sich aber nicht mit der schonungslosen Charakteristik des Elends, das in unzähligen Tatsachen der Gesetzgebung und der Verwaltung der letzten Jahre zum Ausdruck kommt. Er führte sie zurück auf ihre wirklichen Ursachen, die in der Natur der Regierung der Parteien und des Klassenkampfes liegen. Die Schärfe seiner Beweisführung und die temperamentvolle Beredsamkeit, die ihn auszeichnet, zwangen das Haus, das zu Beginn der Verhandlungen lieber unruhig sein wollte, zu gespanntester Aufmerksamkeit und brachten seine Kritik zu größter Wirkung. Der Staatssekretär Dr. Delbrück, der offenbar das Bedürfnis hatte, diese Wirkung noch zu steigern, machte einige der üblichen Redensarten über die Verwendung angeblich vertraulicher Aktenstücke, Redensarten, die schon deshalb ganz bedeutungslos sind, weil die Hauptsache doch auf jeden Fall der nicht abzuleugnende Inhalt solcher höchst charakteristischen Dokumente bleibt. Genosse Richard Fischer aber gab sofort auf diese von Moral trübende Ausrede die einzig richtige Antwort: eine Regierung, die Geheimfonds für Spionage unterhält, hat nicht das Recht, derartige allzu bequeme Ausflüchte zu brauchen. Herr Delbrück, der ob seiner Stillschweigen eben noch sehr stolz gewesen war, schrak bekümmert und verlegen zurück, ohne irgend eine Antwort finden zu können.

Die Debatte nimmt heute ihren Fortgang.

**75 Millionen für Reichs-Lückenbüßer.**

Die „Tägliche Rundschau“ meldet: „Wie uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden die Gesamtforderungen der schon vor ihrem Erscheinen so viel beschriebenen Vorlagen für die Ausfüllung der Lücken unserer Rüstung fünfundsiebzig Millionen betragen.“

Und was wird noch folgen?

**Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.**

In der Montags-Sitzung des Dreiklassenhauses hielt zunächst der freikonervative Freiherr v. Zedlitz seine alljährliche Scharismaherrede gegen Sozialdemokraten und Polen. Um die Frage der Steuerzuschläge drückte er sich herum, er trat nur dafür ein, daß ein Teil der Zuschläge beweglich gemacht werde, das heißt, daß eine Bewilligung alljährlich je nach der Notwendigkeit mit dem Etat erfolge. Auch über das Wahlrecht sprach Zedlitz, jedoch nur um zu erklären, daß die Freikonservern von einer Reform eine Festigung der nicht mehr ganz rein erhaltenen Grundlagen dieses Wahlrechts erwarten.

Nach Herrn v. Zedlitz traten gleich drei Minister hintereinander auf. Der Finanzminister Dr. Lenzke erklärte nochmals, daß er den Unterbeamten Steuerzuschläge nicht gewähren könne, weil trotz der günstigen Finanzlage die Mittel dazu fehlten und beteuerte nochmals, daß der Staat auf die Steuerzuschläge absolut nicht verzichten könne, da an ihn noch manche Aufgaben herangetragen werden, so z. B. die Entlastung der Kommunen. Der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer verbat sich das Zedlitzsche Drängen, von der Enteignung in größerem Umfang Gebrauch zu machen, da die Regierung selbst nicht nur den Wert, sondern auch die Wirkung und den Umfang ihrer Maßnahmen prüfen müsse. Schließlich bestätigte der Eisenbahnminister v. Breitenbach die außerordentliche Stärkung, die der Ausgleichsfonds jedes Jahr erfährt.

Der polnische Abg. Dr. Seyda hielt eine scharfe Rede gegen die Enteignung und verteidigte den von den Polen verhängten Boykott gegen die deutschen Gewerbetreibenden mit dem Hinweis darauf, daß schon 1905 hohe preussische Regierungskreise den Boykott gegen die Polen gepredigt hätten. Der sozialistische Abg. Wiemer kritisierte die preussische Finanzpolitik, die auf die fiskalische Plasmacherei hinauslaufe. Am Schluß seiner Rede bedauerte er, daß die Neuwahlen sich noch unter dem Dreiklassenwahlrecht vollziehen sollen und meinte, daß dazu immerhin wenigstens noch ein Nothgesetz gemacht werden könnte, um wenigstens die geheime und direkte Wahl einzuführen. — Darauf antwortete der Minister des Innern v. Dallwig, daß man ein solches Nothgesetz in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit gar nicht machen könne, das entspräche nicht der Bedeutung des Gegenstandes und sei überhaupt nicht zu machen. Er verteidigte dann die Regierung gegen den Vorwurf, daß sie sich an der Beratung des Wahlrechtsantrages der Fortschrittler nicht beteiligt hätte. Der Minister sagte, daß sei doch ganz überflüssig gewesen, da die Regierung doch oft genug und sogar schon durch den Mund des Fürsten Billewiczin erklärt habe, daß die von den Fortschrittler beantragte Übertragung des Wahlrechts auf den breiten Massenwahl sei. Schließlich wandte er sich gegen den polnischen Redner, dem er verschiedene anfechtbare Artikel aus der Polenspreß veröffentlichte und dem er am Schluß zurief, daß die Polen die Verantwortung dafür nicht von sich wälzen könnten. — Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt, da Gen. Liebknecht als nächster Redner längere Ausführungen zu machen hat.

**Preussische Landtagswahl am 14. Mai.**

Da einer Befürchtung, die der Präsident des Abgeordnetenhauses mit dem Vorhaben der bürgerlichen Fraktionen des Dreiklassenhauses abteilt, wurde für die Staatsberatung ein Kommissionsgesetz beschlossen, das eine zeitliche Befristung der Beratungen vorsieht. Es wird nämlich bereits am 14. Mai als Termin für die Urwahlen der Abgeordneten zu den Reichstagen der Landtagsabgeordneten in Aussicht genommen. Durch den frühen Schluß der Beratungen, der die Folge dieser zeitlichen Befristung der Wahlen ist, fällt die Staatsberatung völlig aus. Man wird in den nächstfolgenden Tagen erwarten können, daß die zum Regierungsjubiläum des Kaisers,

das am 15. Juni stattfindet, die Landtagswahl schon vorbei ist. Die Abgeordnetenwahlen sollen am 2. Juni stattfinden.

**Das aufgeschobene Parzellierungsgesetz.**

Der „Post“ ist von „durchaus zuverlässiger Seite“ mitgeteilt worden:

„Das Parzellierungsgesetz für die Ostmark, das im Herbst des vergangenen Jahres die Unterschrift des Königs gefunden hat, und das nach wiederholter Erklärung des gegenwärtigen Landwirtschaftsministers unverzüglich nach Fertigstellung dem Landtage vorgelegt werden sollte, wird wahrscheinlich doch nicht mehr in der gegenwärtigen Session eingebracht werden. Als Grund dafür wird an maßgebender Stelle geltend gemacht, daß das Abgeordnetenhaus noch so reichlich mit Arbeitsstoff versehen sei, daß an eine Erledigung des Parzellierungsgesetzes im gegenwärtigen Tagungsabschnitt nicht mehr gedacht werden könne. Ferner sei auch die auswärtige Lage zurzeit nicht eine derartige, daß es angezeigt erscheinen könne, mit einem neuen Kampfgesetz gegen die Polen an die Öffentlichkeit zu treten.“

**Unerbittlich.**

Die Mannen vom Bunde der Landwirte laufen Sturm gegen den Gesetzesentwurf über die zeitweilige Herabsetzung des Fleischzollens. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt:

„Für uns liegt die Sache völlig klar. Die Zustimmung zum Gesetzesentwurf scheint uns ganz unmöglich. Wenn man auch darauf hinweist, daß es sich nicht um eine allgemeine Zollherabsetzung handelt, sondern daß diese Herabsetzung nur auf Zeit erfolgen und an gewisse Bedingungen gebunden sein sollte, so bleibt der Vorschlag des Gesetzesentwurfes doch eine Bresche in die Mauer des Zollschutzes und bedeutet einen Bruch mit der Wirtschaftspolitik.“

Nicht billiger, sondern teurer sollen die Lebensmittel werden, so verlangt es das Interesse der Agrarier; was aus den Massen des Volkes wird, das ist diesen Schnapphähnen völlig gleichgültig.

**„Für einen solchen Ochsen halte ich keinen Staatsmann!“**

Im „Pan“ wird die Zuschrift eines „deutschen Aristokraten“ abgedruckt, der mit Rüdertens-Waechter kurze Zeit vor seinem Tode noch beisammen war. Der Aristokrat hat sich mit Rüdertens über alle möglichen Dinge, unter anderem auch über die Kriegsgefahr unterhalten. Er erzählt darüber:

„Als ich ihn wegen der Kriegsgefahr fragte, lachte er und sagte mir: Das kennen Sie doch! Bluff, alles Bluff. Ich erlebe das nun zum dritten Male: Algerias, Marokko und jetzt. Nur, jetzt versucht immer einer den anderen im Bluff zu übertrumpfen! Krieg gäbe es nur, wenn einer so mordsdämlich wäre, sich so zu verbluffen, daß er gar nicht mehr zurück kann und schießen muß. Für einen solchen Ochsen halte ich aber keinen der jetzt in Frage kommenden Staatsmänner!“

Der „Pan“ bemerkt zu dieser Äußerung Rüdertens, daß sie offenbar nicht nur leichtsin zu einem befreundeten Menschen getan sei, sondern den politischen Standpunkt Rüdertens enthalte.

**Wer ist der richtige Abgeordnete?**

Die Reichstagswahl im Kreise Schwyz hat vorige Woche den Reichstag sehr eingehend beschäftigt, und es ist von keiner Partei bestritten worden, daß bei der Wahl im Januar 1912 nicht der Landrat v. Halem, sondern der Pole v. Saß-Jaworski gewählt war. v. Halem war zu Unrecht zum Abgeordneten proklamiert worden. Er hat dann anfangs Dezember sein Mandat niedergelegt und ist mittlerweile wiedergewählt worden, allerdings auf eine Weise, die abermals zur Kassierung des Mandates führen wird. Nachdem im Plenum des Reichstags allseits anerkannt worden war, daß eigentlich Herr v. Saß-Jaworski gewählt ist, hat dieser dem Wahlkommissar in Schwyz mitgeteilt, daß er die Wahl annehme und darum eruche, die zuständige Stelle hiervon zu benachrichtigen. Man muß nun abwarten, welche Antwort der Wahlkommissar erteilen wird. Von sozialdemokratischer Seite ist in der Wahlprüfungskommission der Standpunkt vertreten worden, daß Herr v. Saß-Jaworski einfach als gewählter Abgeordneter einzuberufen sei. Die Mehrheit der Kommission war darüber geteilter Meinung, und so wurde über diese Frage eine endgültige Entscheidung nicht herbeigeführt. Zweifellos steht die Sache so: Herr von Saß-Jaworski wurde am 12. Januar 1912 gewählt, die Auserkennung einer Stichwahl erfolgte zu Unrecht, genau so zu Unrecht ist dann aber auch die Nachwahl am 30. Dezember 1912 vorgenommen worden. Das Mandat steht unzweifelhaft dem Herrn v. Saß-Jaworski zu. Die Wahlprüfungskommission dürfte sich mit diesem eigenartigen Fall bereits in den nächsten Tagen wieder eingehend beschäftigen.

**Verstromungsbestrebungen in Bayern.**

In Bayern ist das Zentrum eifrig bemüht, nicht nur die Staatsmacht für seine Zwecke auszunutzen, sondern das Land auch noch weiter der Verstromung auszuliefern und der katholischen Kirche anzulieferen. Seit ungefähr Jahresfrist genügen der katholischen Kirche in Bayern nicht mehr die Gottesdienste, die in den Kirchen abgehalten werden; es finden jetzt auch noch in Mittelschulen Gottesdienste statt, die von den katholischen Schülern besucht werden müssen. Das schönste ist aber bei der Einrichtung, daß die Kosten für diese übertriebene Frömmerei von denen bezahlt werden müssen, die sie gar nicht eingeführt haben und gar nicht haben wollen — den Gemeinden. Vom katholischen Pfarramt wurde die Stadt Fürth i. B. vor Monaten schon angefordert, die Kosten für die Gottesdienste zu übernehmen, die in der Realchule für katholische Knaben gehalten werden. Die Stadt Fürth hat nämlich für die jährlichen Aufwendungen der Realchule aufkommen, während der Staat die persönlichen Aufwendungen trägt. Aber die Stadt Fürth weigerte sich. Sie wandte ein, Gottesdienste sind keine Aufgaben, welche eine Schule zu erfüllen hat und dass sich die Aufwendungen dafür auch keine jährlichen. So kam die Sache

vor das Kultusministerium. Das erließ nun eine Entschliebung, durch welche zwar die Kosten um ungefähr ein Drittel herabgesetzt, die Einwände der Stadt Fürth jedoch damit abgetan wurden, darüber habe nicht die Stadt, sondern die Unterrichtsverwaltung zu entscheiden.

Die Stadt Fürth hatte jedoch auch für das kategorische Verlangen des homogenen Ministeriums Herilings-Knilling kein Verständnis und lehnte es ab, die Kosten zu zahlen, die der Kirche zustehen. Es kommt die Angelegenheit nun vor die oberste Instanz, den Verwaltungsgerichtshof, jedoch mit wenig Aussicht für die Stadt Fürth.

**Beschlagnahme des Organs der Schlotbarone.**

Nach einer Meldung aus Essen sind von der „Rhein-Westfäl. Zeitung“ die Nummern mit den Artikeln „Deutsche Politik oder Laumet“, „Das deutsche Volk zieht nur für deutsche Belange in den Krieg“, „Eine gefährliche, falsche Auslegung des Bündnisvertrages“ in Österreich beschlagnahmt worden.

Und das mußte ausgerechnet diesem staatserkennenden Organ passieren! Selbst die „Post“, das alte konservative Scharfmacherorgan, ruft empört aus: „Ob derartige Kampfmittel der österreichischen Regierung eine besondere Beweiskraft für die Güte ihrer Politik besitzen, will uns doch recht zweifelhaft erscheinen.“

Wenn eine solche Maßnahme sich gegen ein sozialdemokratisches Blatt richten würde, hätte die „Post“ dagegen natürlich nichts einzuwenden.

**Die Präsidentenwahl in Gotha.**

Der Landtag des Herzogtums Gotha setzt sich zusammen aus acht Sozialdemokraten, sechs Agrariern, zwei Nationalliberalen und zwei Fortschrittler. Obwohl also die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion bilden, wurde ihnen eine Vertretung im Präsidium verweigert. Zum Präsidenten wurde der fortschrittliche Oberbürgermeister Liebetrau-Gotha mit zehn Stimmen gewählt, gegen acht, die auf den Genossen Vock fielen. Vizepräsident wurde Dr. Dieckhoff (Nat.); zu Schriftführern wurden gewählt: Moller (Fortschr.) und Grubel (Agrarier).

**Eine neue antisemitische Gründung.**

Die „Staatsbürgerzeitung“ bringt am Sonntag einen „Aufruf zur befreienden Tat“, in welchem die Gründung eines Verbandes empfohlen wird. Der Verband soll seinen Mitgliedern Unterstützung gewähren bei Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Alter usw. Außerdem sollen billige Darlehen und billige Hypotheken gegeben werden, unter Umständen können die Darlehen für den Anfang auch zinslos gewährt werden. Zur Verwaltung der Gelder wird eine Genossenschaftsbank gegründet. Und das alles soll erreicht werden bei einem Monatsbeitrag von — sage und schreibe — einer Mark. Es läßt sich voraussehen, daß die ganze Geschichte mit einer riesigen Pleite enden wird. Auf diese Weise wollen die Antisemiten dem Mittelstand helfen — zunächst vom Geld natürlich.

**Aus Lübeck und Nachbargebieten.**

Dienstag, 14. Januar.

Gefroren hat es heute! Zwar noch gar kein festes Eis, aber dennoch sind die Gewässer unserer Umgebung mit einer dünnen Eisdicke versehen. Der Winter hat eben seinen Einzug gehalten. Wenn auch etwas verspätet. Schneefall ist allerdings bisher noch nicht eingetreten. Die Folgen des eingetretenen Winters lassen folgende Bekanntmachungen der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen erkennen: Um einem Einfrieren der Wasserleitungen vorzubeugen, pflegen viele Hausbesitzer und Mieter — den gesetzlichen Vorschriften zuwider — durch Öffnen der Zapfhähne und sonstigen Verschleißeinrichtungen das Leitungswasser ablaufen zu lassen. Dadurch kann die Sicherheit einer ungestörten Wasserversorgung ernstlich gefährdet werden. In die Bewohner der Stadt und der Vorstädte ergeht daher die dringende Aufforderung im öffentlichen wie im eigenen Interesse, die oben erwähnten Maßnahmen zu unterlassen. In den Häusern, in welchen eine begründete Beforgnis wegen Einfrierens der Leitung besteht, empfiehlt es sich, den Hauptfaß derselben für die Dauer der Nacht abzuschließen und die Leitung in allen ihren Teilen zu entleeren. — Bei anhaltendem Frostwetter können leicht Rohrbrüche in den Hauptgasleitungen auf der Straße eintreten, wobei das ausströmende Gas, weil es durch die gefrorenen Straßendecke nicht entweichen kann, durch Stroh- und Wasserrohrgräben und lockere Bodenschichten in die benachbarten Hausgrundstücke übertritt. Solche Gaseströmungen sind jedoch mit großen Gefahren für die Bewohner der betreffenden Grundstücke verknüpft und ergeht deshalb hiermit an das Publikum die dringende Aufforderung, von allen in den Häusern wahrnehmbaren Gasgerüchen an zuständige Stelle sofort Meldung zu erstatten. Räume, in denen Gasgeruch bemerkbar ist, sind zu lüften, dürfen mit Licht nicht betreten werden und sind für den Aufenthalt von Personen ungeeignet. Meldungen nehmen entgegen das Gaswerk 1, Moislinger Allee 9, das Elektrizitätswerk, Mengstraße 26 und die Laternenwärterwache, Mengstraße 4. Meldungen werden außerdem auf den Gasbehälterstationen in Schwarzenau, Trabemünde, Schlutup und Rüditz entgegengenommen.

**mh. Pädagogische Probleme der Gegenwart.** Vortragswesen der Oberschulbehörde. Am gestrigen Abend eröffnete Herr Schulrat Prof. Dr. W. G. a. m. seinen Vortragszyklus über obiges hochaktuelle Thema. Das Interesse an allen Erziehungsfragen ist in der Gegenwart in sämtlichen Kulturstaaen außerordentlich reg. Die Hauptgedanken dieser pädagogischen Probleme herauszufinden und vorzuführen, ist die Aufgabe des Vortragszyklus. Eine Vielseitigkeit der Meinungen und Ansichten ist gerade auf diesem Gebiete in hohem Grade vorhanden. Schon die verschiedenen Anschauungen im Kreise einer einzigen Schule, der sich auf hunderte Familien erstreckt, sind sehr zahlreich. Weiter kommen die Standpunkte der politischen Kreise in Betracht. Während die Bürgerlichen die Kinder für ihren eigenen Nachwuchs erziehen wollen, tritt die Sozialdemokratie dafür ein, daß jedem die Mittel und Wege gegeben werden, ohne Rücksicht auf seinen Stand, die Schule besuchen zu dürfen, die seinen geistigen Fähigkeiten entspricht. Außer den politischen spielen auch die konfessionellen und religiösen Gegensätze eine wichtige Rolle. Es ist dies das schwierigste und am meisten erörterte Problem. Die moralische Erziehung auf der Basis einer gegebenen Religion hat den Nachteil, daß, wenn der Glaube in späteren Leben verloren geht, mit ihm auch die Moral zusammenbricht. Der richtige Weg, den man auf diesem Gebiete zu gehen hat, ist der, daß ein selbständiger Moralunterricht eingeführt wird. Es kommt nun darauf an, diesem Chaos von Fragen und

problemen mit offenem Auge und gesundem Menschenverstand zu begegnen. Es muß der gangbarste Weg gesucht werden. Dieser ist nur durch die Wissenschaft zu finden. Doch sehen wir leider auf diesem Gebiete erst im Anfang. In Deutschland gibt es nur 3 ordentliche Professoren der Pädagogik. Diese sind an den Universitäten in Jena, München und Leipzig tätig. In Preußen kennt man so etwas noch nicht. Jede Wissenschaft hat zwei Richtungen zu unterziehen: 1. die historische Entwicklung zu erforschen, um die Gegenwart zu verstehen und 2. die gegenwärtige Lage allein zu behandeln und dann die entsprechenden Wege zu suchen. Wir müssen in den Geist und die Psychologie der Kinder eindringen und aus der Natur des Kindes heraus diese Maßnahmen schaffen. Der Widerwille, den die meisten Kinder gegen die Schule hegen, erklärt sich daraus, daß die heutige Schule, ohne Vorwurf gegen dieselbe, nicht in genügender Kenntnis des jugendlichen Geistes arbeitet. Hieraus wandte sich der Redner der experimentellen Pädagogik zu. Die Aufgabe derselben ist es, festzustellen, wie groß der Vorstellungskreis ausgebildet und wie weit das Gedächtnis, die Aufmerksamkeit usw. beim Kinde reicht. Alsdann führte Redner Beispiele über Versuche an, die in St. Petersburg, Paris und Hamburg an einer Anzahl Schulkinder unternommen wurden. — Am nächsten Montag wird Herr Prof. Dr. Wyckham unabhängig von seinem ersten Vortrage über die praktische Anwendung der experimentellen Pädagogik, nämlich über das Münchener und Mannheimer Unterrichtswesen sprechen, so daß dieser zweite Vortrag, ohne den ersten gehört zu haben, jedem verständlich sein wird. Der Besuch ist allen Vätern und Müttern zu empfehlen, die ein besonderes Interesse daran haben, daß ihre Kinder nach einer vernünftigen der Gegenwart entsprechenden Erziehungsmethode unterrichtet werden. Karten sind noch im Arbeiter-Sekretariat zu haben.

b. Schöffengericht am 14. Januar. Die Gastwirte haben in der Bürgerschaft schon oft ihr Leid geklagt, wenn es sich um die hohen polizeilichen Abgaben handelte. Wollten sie sich vor außerordentlichen „Staatszuwendungen“ schützen, mögen sie die Strafe eines Kollegen zur Warnung nehmen. Der Caféhäusbesitzer Sp. hat zur Ehretterung seiner Gäste ein Konzertquartett engagiert. Was dem einen zur Freude, wird dem andern zur Qual. Einem schlaflosen Nachbar pasten die Melodien nicht, er rief verschiedene Male mitten in der Nacht nach der Polizei und verlangte, daß die Fensterflügel geschlossen würden. Da dies an zwei Abenden nicht gelang, sollte Sp. die Polizeikasse um 16 Mark bereichern. Der Einspruch hierauf wurde als unbegründet zurückgewiesen, obwohl der Caféhäusbesitzer daran erinnerte, daß er für seine 2400 Mark Staatsabgaben doch wohl ideln lassen dürfe. Also, macht die Klappe zu! — Eine Woche Gefängnis erhielt ein Arbeiter W., der auf dem Bahnhof in Dünschburg wegen unzüchtlicher Redensarten vom Schaffner zur Rede gestellt wurde, und dafür diesem drohte, ihm eins an die Kehle zu geben. Außerdem bezeichnete W. den Schaffner als dummen Jungen. — Die leidige Transportgefährdung verschwindet nicht aus dem Gerichtssaal. Heute war wieder ein Fuhrmann R. angeklagt, resp. erhob er gegen eine Polizeiverfügung Einspruch. R. fuhr mit einem schweren Lastfuhrwerk die gefährliche Holstenstraße hoch. Der herankommenden Elektrischen konnte er nicht sofort ausweichen, weil dadurch eine Straßenlaterne dem Umknicken nahegebracht worden wäre, und weil auch stehende Wagen ein Hindernis bildeten. Das Fahrzeug wurde durch die schlüpfrigen Pflastersteine bei jener Steigung erschwert, die Pferde wären der Gefahr ausgesetzt worden, umzufallen. Als R. nach links ausweichen wollte, kam eine Elektrische vom Kohlmarkt her — so blieb dem Fuhrmann nichts anderes übrig, als eine Strecke auf dem Geleise zu fahren. Ein tüchtiger Koffelkoffer hat in solchen Situationen vielfach mehr Verständnis als der mit Sekundengenauigkeit dahingleitende Straßenbahnführer. Da muß eben hin und wieder einmal Rücksicht genommen werden. Gewiß soll der Straßenbahn freien Lauf gelassen werden, so lange aber gerade die häßliche Holstenstraße noch so polizeiwidrig hervorsteht, wird man mit derartigen Konflikten rechnen müssen. Nach Aussage eines Zeugen soll durch das Verfehlen des Fuhrmanns gerade ein größeres Unglück verhütet worden sein. Die Verhandlung wurde ausgesetzt. — Bei einer Holzladung auf einem schwebelichen Dampfer waren drei Arbeiter Scha., R. und Schu. beschäftigt. Statt einer Hieve Bretter schwebte einmal ein gußeisernes Rohr, 80 Pfund schwer und etwa 10 Mark Neuwert über dem Schiff. Das Rohr wurde zum Althändler gebracht und für 1,20 Mark verkauft. Die Angeklagten betrachteten den Fund als Abfall, um den sich niemand weiter bekümmere. Sie nahmen ihn in Obhut, als die Reparaturarbeiter von der Werft es beiseite legten. Der Kapitän zeigte alle drei wegen Diebstahls an. Schu. erhielt heute 10 Tage, R. wegen Beihilfe (er hatte das Rohr an der Kette mit befestigen helfen) 1 Woche, und Scha. wegen Fehlleist. 1 Woche Gefängnis.

Eine Gastwirtsgehilfen-Versammlung findet Mittwoch den 15. Januar, nachts 1 Uhr, im Gesellschaftshaus „Monopol“ statt. Referent ist Willy Steger. Das Thema lautet: „Gehaus mit dem wöchentlichen Ruhetag.“ Alle Gastwirtsgehilfen, die eine weitere Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf alle Angestellten wünschen, werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vereinsbock ist in diesem Jahre ganz vortrefflich geraten, wie wir uns aus einer Probe überzeugen konnten. Er verdient die Marke „Donnerwetter, tabellos!“

Sausatheater. Man schreibt uns: Wer die kleinen Künstler noch nicht bewundert hat, der beziele sich, denn am Mittwoch feiern dieselben ihren Abschied, auch ist am Mittwoch nachmittags um 4 Uhr die letzte Nachmittagsvorstellung der Leipziger für die Jugend zu kleinen Preisen. Da der Andrang groß sein wird, ist am Mittwoch mittags nur für die Nachmittagsvorstellung die Kasse von 12—1 Uhr geöffnet. Eine Ringkampfkonkurrenz der Kleinen mit Schiebung ist das Komische vom Komischen, der größte Lacherfolg. Die Ringkampfkonkurrenz wird auch Mittwoch nachmittags gezeigt.

Neues Stadttheater. Aus der Kasselei wird uns geschrieben: Auf das schon angezeigte Gastspiel des Hamburger Tenors James Cugler Black heute in Wolf-Ferraris Oper „Der Schmuck der Madonna“ sei noch einmal aufmerksam gemacht. Am Mittwoch und Donnerstag sind zwei sehr beliebte Aufführungen: Die Operette „Der Liebesflug“, in welcher diesmal Fräulein Wolter an Stelle von Fräulein Renner die Anna spielen wird — und „Cora“, „Gudrun“ von Ernst Hardt, dem Dichter von „Lantins der Marr“ geht hier am Freitag zum erstenmal in Szene. Ferner hat sich die Direktion entschlossen, das mit vielem Beifall aufgenommene Weihnachtsmärchen der einheimischen Dichterin Erica Grupe-Lörcher „Prinzessin Flunkelet“ noch einmal und zwar zum letztenmal am Sonntag nachmittags zu geben.

Trens-Vorwerk. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet Mittwoch den 15. Januar, bei Schulz in Trems statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Löwig-Lübeck, der Teile unseres Parteiprogramms behandeln wird. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Gutin. Sozialdemokratischer Verein. Die zum Mittwoch, dem 15. Januar, angelegte Versammlung unter besonderer Umstände halber am Freitag, dem 18. Januar statt.

Hamburg. Schwere Unfall auf der Vulkanwerft. Gestern nachmittags 3 Uhr waren fünf Schiffbauer mit dem Anbringen einer schweren Eisenplatte im Kesselraum IV des Riesendampfers „Imperator“ beschäftigt. Die Leute arbeiteten auf einer Stellage, die aus zwei zwei Zoll starken, etwa acht Zoll breiten und sechs bis sieben Meter langen Holzplanen bestand und von einem Kessel zum anderen reichte. Eine der Planen lag hochkant, die anderen flach. Über den beiden Planen lagen 5 bis 6 Querplanen. Wahrscheinlich ist beim Anbringen der schweren Eisenplatte die Last für das Gerüst zu schwer geworden, die flachliegende Längsplanen brach und die auf der Stellage Arbeitenden — 3 Schiffbauer, 1 Bohrer und 1 Brenner — stürzten 8 bis 10 Meter tief ab, die Stellage, die Eisenplatte und sonstiges schwere Werkzeug stürzten hinterdrein. Drei oder vier Arbeiter sind schwer verletzt. Zwei Mann sind leichter verletzt. Alle Verletzten sind nach Anlegung von Notverbänden dem Hafentraktenhause zugeführt worden.

Wilhelmsburg. Schrecklicher Unglücksfall bei der Industriebahn. Als am Montag vormittag ein Zug der Industriebahn den Bahnhöfberg in der Beringstraße passierte, sprang der Schulfknabe Stobaniewicz auf das Trittbrett eines Wagens, um ein Stück mitzuführen. Diefem unglücklichen Wunsch ist das Kind zum Opfer gefallen; es stürzte ab, geriet unter den nächsten Wagen und wurde überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein, da die Räder des Wagens den kleinen Körper vollständig verstümmelten.

Tschoe. Großfeuer. Im benachbarten Dorfe Schlotfeld beim Lockstedter Lager ist das Gewese des Privatiers Johann Sommer, in welchem eine Schweinemästerei betrieben wird, durch Feuer zerstört worden. Es sind hierbei 70—80 Schweine in den Flammen umgekommen.

Bremerhaven. Die Aussperrung der Maschinenisten im Hochseefischereibetriebe an der Untermeser dauert unverändert fort. Jetzt ist fast die gesamte Hochseeflotte im Geestmünder Fischereihafen verjammelt, was seit Jahrzehnten nicht vorgekommen ist; ein anderer Teil der Dampfer liegt im Bremerhavener alten Hafen und andere im Hafen von Nordenham auf dem linken Weserufer. Etwa 102 Dampfer liegen still. Eine Anzahl ist in See gegangen, jedoch nur mit ungenügender unvorschriftsmäßiger Besatzung. Die meisten Dampfer sind nur mit einem Maschinenisten bemannt, während der Dienst des zweiten Maschinenisten einem Heizer übertragen wurde. In den gewaltigen Auktionshallen zu Geestmünde und Bremerhaven herrscht statt des sonst schon in den frühesten Morgenstunden sich abspielenden lebhaften Treibens beängstigende Stille. Der größte Teil der Hallen ist mit leeren Fischkisten vollgestapelt. Nur ab und zu kommt noch ein Dampfer von See herein, und die Händler machen schon gar nicht mehr den Weg in die Hallen, um sich an den Auktionen zu beteiligen. Einige Reedereien machen krampfhaftige Versuche, um wenigstens etwas auf den Markt zu bringen. Durch die Hafensperrung mußten vor einigen Tagen etwa 40 Zentner verdorbener Schellfische konfisziert werden, die die Reeder von Cuxhaven und Norwegen von Lager bezogen hatten und die schon einen pestilenzartigen Geruch verbreiteten. Die Unternehmer wollen aber trotzdem nicht nachgeben und verharren mit trotzigem Stolz auf dem Standpunkt des Stärkeren. Der Unternehmerverband, welcher den mit dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer abgeschlossenen Tarifvertrag gebrochen hat, hat mit dem Maschinenistenverein von Geestmünde, Mitglied des Verbandes technischer Schiffsoffiziere, sich Hamburg, einen Tarif abgeschlossen, dessen Inhalt im wesentlichen mit dem alten Tarif des Zentralverbandes übereinstimmt. Der Verein zählt nur einige Duzend Mitglieder, wovon der größte Teil nicht in der Hochseefischerei beschäftigt ist. Diese Streikbrecherarbeit ist auch von den Herren Offizieren mit schmachendem Behagen übernommen worden. Viel helfen kann das den Reedern aber nicht, denn deren Mitgliederzahl ist so klein, daß sie nur einige wenige Dampfer besetzen können, während andererseits außer den technischen Schiffsoffizieren (das sind die Maschinenisten, die bekanntlich ein Examen ablegen müssen) auch die übrige Besatzung noch nötig ist, um den Dampfer auf See zu bringen. Diese aber lehnt es ab, mit Streikbrechern zu fahren, daher wird auch in den nächsten Wochen die Bevölkerung im Reiche noch keine Seefische auf den Markt bekommen. Das Verhalten der Reeder verdient die schärfste Verurteilung durch die Bevölkerung des Binnenlandes, die ihnen die Ware abnimmt und auf die die Reeder angewiesen sind. Die heftigen Forderungen der Maschinenisten sind im Interesse der Sicherheit und des Lebens der Besatzung durchaus nötig zu erfüllen. Die Reeder haben auswärtige Arbeitswillige unter großen Opfern herangeschleppt, um einen Teil der Dampfer zu besetzen. Sie machen den Maschinenisten die größten Verprechungen, und zahlen die volle Gage für die ganze Zeit des Ausliegens der Dampfer. Doch alle diese Mittel dürften angesichts der solidarisichen Haltung der großen Masse der Aussperrten völlig versagen. Selbst in Händlerkreisen ist man erboht über das Verhalten der Reeder, denn aus Berlin sind Händler an das Gewerkschaftskartell in Bremerhaven herangeraten, um es zu veranlassen, in Berlin Protestbewegungen gegen die Reeder in die Wege zu leiten. Das ist wohl deutlich genug für die Stimmung in den Kreisen, die den Reedern näherstehen, wie den Maschinenisten. Die Maschinenisten aber werden zusammenhalten, bis ihnen ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind.

Hamburg. Schwere Unfall auf der Vulkanwerft. Gestern nachmittags 3 Uhr waren fünf Schiffbauer mit dem Anbringen einer schweren Eisenplatte im Kesselraum IV des Riesendampfers „Imperator“ beschäftigt. Die Leute arbeiteten auf einer Stellage, die aus zwei zwei Zoll starken, etwa acht Zoll breiten und sechs bis sieben Meter langen Holzplanen bestand und von einem Kessel zum anderen reichte. Eine der Planen lag hochkant, die anderen flach. Über den beiden Planen lagen 5 bis 6 Querplanen. Wahrscheinlich ist beim Anbringen der schweren Eisenplatte die Last für das Gerüst zu schwer geworden, die flachliegende Längsplanen brach und die auf der Stellage Arbeitenden — 3 Schiffbauer, 1 Bohrer und 1 Brenner — stürzten 8 bis 10 Meter tief ab, die Stellage, die Eisenplatte und sonstiges schwere Werkzeug stürzten hinterdrein. Drei oder vier Arbeiter sind schwer verletzt. Zwei Mann sind leichter verletzt. Alle Verletzten sind nach Anlegung von Notverbänden dem Hafentraktenhause zugeführt worden.

### Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Rigoletto“, Oper in 4 Akten von Verdi. Hedwig Francillo-Kauffmann, die gefeierte Koloraturjägerin vom Hamburger Stadttheater gastierte gestern Abend als Gilda in „Rigoletto“. Die Künstlerin, eine sympathische Erscheinung, zeigte namentlich mit dem virtuos Pathos der großen und schwierigen Arie des 2. Aktes „Teurer Name, dessen Klang“, ihre ausgezeichnete Gesangstechnik. Ihre Stimme klang in jeder Lage wohlklingend und ist von entzückender Klarheit. Langanhaltender Beifall lohnte die Künstlerin. Herr Kull vom Stadttheater in Münster lang die Partie des Herzogs mit dem Wunsche, in Lübeck engagiert zu werden. Der Tenor des Herrn Kull klingt recht ansprechend, ohne daß er auffallenden Glanz entwickelt. Darstellerisch fehlte ihm allerdings eine gewisse Eleganz und Leichtigkeit. Von tiefer Wirkung war der Rigoletto des Herrn Garro besonders in den letzten Aufzügen. Das Theater war leidlich besucht; der Beifall stark. P. L.

### Ständesaunliche Nachrichten vom 5. bis 11. Januar 1913.

Geburten. a) Knaben: Name und Beruf des Vaters. 28. Dezember 1912. Photograph A. F. R. Andresen. 30. Lichler D. F. F. Raven. Schlachter C. G. A. Göding. 31. Kellner W. D. C. Lange. 1. Januar 1913. Kaufmann G. E. G. Laugwitz. Schuhmacher D. V. A. Eauc. 2. Glasrmeister C. W. Chr. Vfenig. 3. Arbeiter C. H. A. Meier (Strocksdorf). Arbeiter W. F. S. D. Witze. Lichler F. P. Neff. 4. Schiffbauer G. F. J. Zimmermann. Arbeiter C. D. Görke. 5. Rutscher

J. S. Chr. Edler. Bäcker H. C. Hamann. Arbeiter G. J. C. Mirow. 6. Arbeiter C. Chr. W. Jacobs. Lichler G. J. C. Rohwer. 7. Arbeiter C. A. H. Dunder. Eisenbahnschaffner W. J. G. Koopmann. Gärtner W. J. J. J. Meinte. 8. Handlungsgehilfe J. A. D. Sab. Maurer W. G. J. Hoffmann. Arbeiter A. Vorukki. 9. Schiffszimmermann J. F. R. Meinh. Buchbindermeister J. W. G. Fickau.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters. 27. Dezember 1912. Buchbindermeister F. G. B. Böttger. 30. Maschinentechniker K. B. Osterloh. 21. Schmetz J. J. Chr. Kasten. 2. Januar 1913. Maurer W. G. A. Fentel. 3. Oberdrucker C. F. G. Seeler. Gerichtsdienner Th. H. A. Ahrens. 5. Handlungsgehilfe D. F. H. Hamann. Arbeiter W. H. F. Chr. Dillmer. Schlachter R. B. Behrens. Hausmeister C. A. M. G. Th. Mett. 6. Arbeiter H. W. C. Bruhn. Lehrer M. F. J. Wand. Schneider C. H. D. Alwert. 7. Gärtner H. F. H. Hiller. 9. Ober-Postschaffner C. W. F. Fiehn. Arbeiter A. Th. Schillat. Schlosser W. F. A. Lehmannsiet.

Ungeordnete Aufgebote. 6. Januar. Kellner W. L. H. Thon und J. C. H. A. Kreuzfeldt in Schönberg i. L. M. Muster B. Martin und M. Kraus. Expedient H. H. Köhn und D. M. J. Koop. Schlossergeselle K. G. W. Lemke und G. H. K. C. F. Schöck. Kaufmann A. F. C. Saueremann und C. M. A. Wunderlich. Kaufmann D. M. L. C. Wunderlich und H. L. Zieg in Wiesbaden. 7. Hausdiener F. Chr. Witt in Hamburg. Winterhude und C. E. C. Kröger in Kleinwefenfeld. Schlachter und Viehhändler G. D. F. J. Raben und G. M. D. Delers in Hollenbeck. Fabrikarbeiter J. Hornych in Rodzisko und B. Grassa in Gerrin. Gerichtsskaffor Dr. phil. M. F. W. Jacoby und D. C. G. Hein in Königsberg i. Pr. Feilner C. W. F. Schult und J. D. K. C. Löwler in Neuburg. Straßenbahnwagenführer H. P. Sterpe und H. F. M. Rönpage. 8. Eisenbahnbauarbeiter Th. Mißel und St. Kuffa, beide in Ditzge. 9. Fabrikarbeiter W. A. Gogol und W. Anders, beide in Blumenthal. Sergeant beim Bezirkskommando R. W. Quante und H. A. D. Luelling in Mölln in Lbz. Fabrikarbeiter F. Jarosz in Komorow und J. Koga in Koschmin. Gärtner C. F. H. Rohwerder und C. M. W. Söder. 10. Holländer L. P. F. Becker in Kattau und K. J. C. Hoffmann in Roggenbort. Kaufmann W. J. G. Meyer und L. W. D. R. Genz. Arbeiter D. A. F. J. Jansen und J. R. A. Griefe. Privatmann L. A. R. J. Claus und A. W. G. Heister. Kaufmann H. F. W. Mohr und A. W. Krufe in Moorbrück. 11. Kaufmann W. B. H. Maass und C. M. Krufe in Moorbrück. Träger H. A. Bock und C. D. F. D. Seemann in Malchin. Zimmermann R. F. H. Lehsten und J. J. D. A. M. Vormig.

Schließungen. 6. Januar. Lithograph B. A. Kluge und A. F. W. Gemann. 7. Schuhmacher P. R. Krugen und M. D. A. Rieckhof in Gallentin. Bäckergehilfe J. G. B. W. Berghahn und A. L. M. Dölter. 8. Schlachtergehilfe A. Th. W. Gellner und H. G. J. Sälter. 9. Schlachtergehilfe D. J. F. H. Dein und F. C. A. Lüdemann. 11. Eisendreher A. F. W. Schwarz und C. G. Burmeister in Ravensbüsch. Bohrer W. A. F. Wehncke und M. D. Dresch. Arbeiter H. J. F. H. Bengtson und C. H. D. Dunder. Sattler und Tapezierer G. C. F. Fischer in Lüdersdorf und Chr. M. K. Neff. Arbeiter G. A. Ewers und M. M. W. Holz.

Sterbefälle. 8. Januar. C. M. B. geb. Rind's (Rings). Ehefrau des Schneiders A. Grüner, 53 J. 4. Privatmann A. Chr. Moß, 66 J. A. M. Sommer, 19 J. H. D. W. Scheel, 7 J. W. geb. Habebant, Ehefrau des Schmiedemeisters G. F. A. Fied, 49 J. 5. D. J. D. Vog, 30 J. Maurer F. G. F. C. Jacobow, 37 J. Arbeiter J. F. Gramow, 85 J. G. Ch. F. C. geb. Raubach, Witwe des Pastors C. F. R. Welle, 74 J. Kaufmann G. F. Röber, 62 J. 6. Fettwarenhändler J. G. F. Schou, 82 J. W. S. R. Wiende, 5 Mt. A. Chr. F. geb. Heldt, Ehefrau des Arbeiters A. J. D. Seemann, 76 J. R. W. A. Arndt, 5 Mt. G. Chr. geb. Scheel, Witwe des Hauptlehrers J. F. C. Hörner, 94 J. 7. Lederhändler C. F. Chr. Lührtop, 58 J. R. geb. Neumann, Witwe des Arbeiters F. Kuehner, 75 J. (Krempelsdorf). C. A. A. Koll, 20 J. Privatmann G. C. F. Heldt, 71 J. C. G. F. W. geb. Tsch. Witwe des Gärtners J. G. F. Nowebder, 77 J. F. H. W. A. Jaack, 1 J. 8. H. G. Dunder, 1 J. D. H. L. W. Schling, 9 J. G. M. C. geb. Vog, Witwe des Privatmanns G. D. Jacobien, 89 J. 9. Arbeiter W. F. G. Bratels, 56 J. M. A. W. geb. Strunk, Witwe des Privatmanns A. Jese, 68 J. A. M. C. geb. Seefstätt, Witwe des Pastors C. Th. S. Wichmann, 92 J. Früherer Fährmann G. C. R. Jürgensen, 70 J. 10. D. geb. Wiber, Ehefrau des Schmieds H. R. L. Butt, 57 J. C. R. F. Duce, 2 Mt. Elektrotechniker J. G. Glasen, 45 J. G. B. Dierck, 2 Mt. 11. C. F. M. geb. Hämöller, Ehefrau des Privatmanns A. M. B. Döggemüller, 64 J.

### Literarisches.

Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Mit diesem Titel erscheint in einigen Tagen ein Buch aus der Feder der Genossin Rosa Luxemburg im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin SW. 68. Preis broschiert 6 Mk., Halbbroschur 8 Mk. Der Verlag schreibt uns über den Inhalt des Buches das folgende: „Das Buch ist ein Versuch, den Imperialismus als eine Erscheinung, die das öffentliche Leben immer mehr beherrscht, auf seine eigentlichen ökonomischen Ursachen zurückzuführen. Die imperialistische Politik wird hier durch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge in die besonderen Gehe der kapitalistischen Produktion eingefügt. Die Arbeit ist vorwiegend theoretisch-ökonomischen Inhalts, gibt aber zugleich eine historische und kritische Darstellung des Problems, das die Nationalökonomie seit jeher aufs lebhafteste beschäftigt. Angesichts der Zerrissenheit und Mannigfaltigkeit der Tagesgeschichte wird es zur dringenden Notwendigkeit, die tieferen Triebfedern und die großen Richtlinien der imperialistischen Entwicklung ins Auge zu fassen. Diefem Zwecke soll das Buch dienen. Es zeigt neben der ökonomischen Funktion des Imperialismus auch die Schranken seiner Wirksamkeit und seiner Existenz. — Bestellungen nehmen jetzt schon alle Buchhandlungen entgegen.“

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwärz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Insertate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Offeriere, nur solange der Vorrat reicht!

**la. Hartkoks**  
ca. 10/20 mm  
nur 1.35 Mk. pro Ztr.

**Prima Bries**  
nur 0.95 Mk. pro Ztr.

Alle Preise ab Lager Drehbrücke, frei Haus 10 Pfg. pro Zentner mehr!

Bestellungen erbittet umgehend

**Christian Gäde,**  
Kontor: Fischergrube 4.  
350) Fernsprecher 242.

**Holsten-Meierei**  
Wickedestraße 44  
185) Fernruf 2336  
empfiehlt täglich frische  
H. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesabne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Pimpkase. Spezialität: Kochkäse.

**Uhrketten**  
**Tagode**

Gegen Gutscheine bis Ende 1913 auf 20 Pfg. 1 ff. Doublee- oder goldplattierte Damen-Uhrkette 200 usw.  
Schumann u. Wille, Wittenberge.

**Masken-Kostüme!**

Empfehle mich zu bevorzugen Maskenbällen und Kostümfeiern mit Garderoben, auch Verkauf u. Kappen. Komme auf Wunsch mit Garderoben nach auswärts. Billigste Preise u. größte Auswahl. (386)  
G. Will, Wehmstraße 71.

**Achtung! Eutin.**

Die am Donnerstag, den 15. Januar anberaumte Parteiverammlung findet ur- und beschleunigt am Freitag, dem 18. Januar statt.  
Der Vorstand.

**Achtung! Eutin.**

Die am Donnerstag, den 15. Januar anberaumte Parteiverammlung findet ur- und beschleunigt am Freitag, dem 18. Januar statt.  
Der Vorstand.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.**  
Jahresfeier

**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch, d. 15. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.  
Tagesordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1912.  
3. Wahlbericht.  
4. Wahl der Parteifunktionäre.  
5. Antrag zur Generalversammlung am 20. Juli der Delegierten zu Eutin.  
6. Sonstiges.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.  
NB. Chorprobe nach der Versammlung.  
Die Größterwaltung.

**Konsumverein für Lübeck und Umgegend.**  
e. G. m. b. H.

**Die Eröffnung**  
unserer 24. Warenabgabestelle  
**Ahrensböck, Fleckenstraße 156**  
erfolgt  
**am Dienstag, dem 14. Januar 1913.**

Mit der Eröffnung dieser Warenabgabestelle ist der Kreis unserer Wirksamkeit und damit unsere Leistungsfähigkeit wiederum um ein beträchtliches Stück erweitert. Wir bitten unsere Mitglieder von Ahrensböck und näherer Umgegend durch Entnahme ihres ganzen Bedarfs an Waren in unserer Abgabestelle sich alle Vorteile der Genossenschaft zunutze zu machen und dadurch die Abgabestelle, ihr eigenes Geschäft, vorwärts zu bringen. Im nachstehenden einen kurzen Preisauszug von den vielen von uns geführten Waren:

Streu- und Kristallzucker . . . pro Pfund	22 1/2	Weizenmehl . . . pro Pfund	17 und 20 1/2
Würfelzucker . . . . .	24 1/2	Reismehl . . . . . pro Pfund	18 1/2
Brodenzucker . . . . .	24 1/2	Maismehl . . . . .	24 1/2
Hartgriech . . . . .	24 1/2	Kartoffelmehl . . . . .	18 1/2
Kindergriech . . . . .	24 1/2	Sagomehl . . . . .	30 1/2
Basseinreis . . . . .	26 1/2	Puddingpulver . . . pro Paket	6 und 8 1/2
Patnareis . . . . .	28 1/2	Rote Grütze . . . . . pro Paket	6 1/2
Sago, Patent . . . . .	28 1/2	Bacpulver . . . . .	5 1/2
Sago, echt ostindischer . . .	34 1/2	Vanillinzucker . . . . .	5 1/2
Nudeln, diverse . . . . .	30 1/2	Preißelbeeren . . . . . pro Pfund	40 1/2
Nudeln, Faden . . . . .	32 1/2	Marmelade . . . . .	30 1/2

Margarine . . . . . pro Pfund 64, 70, 80 und 90 1/2  
Pflanzenmargarine „Palmato“ . . . . . pro Pfund 80 1/2  
Petroleum . . . . . pro Liter 21 1/2 Streichhölzer . . . . . Paket 28 1/2

Die Unterzeichnung einer Beitrittserklärung und die Zahlung von 50 Pfg. Beitrittsgehd berechtigt zur Warenentnahme. Beitrittserklärungen werden in der Warenabgabestelle entgegengenommen.

Der Vorstand.

**Gesangverein „Harmonia“.**  
Rensefeld-Schwartau.

Einladung zum  
**Maskenball**  
am Sonntag, d. 16. Februar  
im Lokale des Herrn  
**Otto Evers, Klein-Mühlen.**  
Kaffeeöffnung 5 1/2 Uhr.  
Ballanfang 6 Uhr. Ende 8 Uhr.  
Maskenzug 8 Uhr.  
Zemaskierung 10 Uhr.  
Eintritt für unmaskierte Herren  
1 Mk., eine Dame frei.  
Für maskierte Herren 80 Pfg., auf  
Wunsch eine Dame frei.  
Für einzelne unmaskierte Damen  
50 Pfg. Für einzelne maskierte  
Damen 80 Pfg.  
Mitglieder haben freien Eintritt,  
ob maskiert oder unmaskiert.  
376) Das Komitee.

**Kalnbergs Variété.**  
Nur noch kurze Zeit.  
**Sherlock Holmes**  
und das famos Programm.  
Kommen, sehen, tanzen. 355  
Beginn 8 Uhr. Entree 20 Pfg.

Am Sonntag, dem 19. Januar:  
**Gr. Tanzmusik.**  
J. Süfke, Rensefeld.

**Chorverein Lübeck.**

**Versammlung**  
am Mittwoch, d. 15. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung:  
1. Berichtserstattung von der Über-  
gabe der Gesangsvereine „Ein-  
tracht“ und „Zimmerer“.  
2. Gastzug u. Wahl der Delegierten.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.  
NB. Chorprobe nach der  
Versammlung.

**Beerdigungsinstitut Gebr. Mütter**  
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.  
Uebernahme ganzer Beerdigungen.  
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.  
Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.

**Meierei Schwartau**  
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144  
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art  
in bester Qualität. (368)

**Ausverkauf**  
von zurückgesetzten, guten, haltbaren Korsetts  
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen,  
ohne Rücksicht auf den früheren Wert.  
Korsettfabrik (378)  
**Th. Jepsen, Breite Str. 42.**

**Sozialdemokratischer Verein**  
Trens-Vorwerk.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch, d. 15. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
bei Herrn Schulz, Trems.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Löwigt:  
Aus unserm Programm.  
2. Abrechnung vom 4. Quartal.  
3. Verschiedenes.  
384) Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Lastdiarbeiter!**  
Fackenburg u. Umgeg.  
**Versammlung**  
am Mittwoch, d. 15. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn Paetau.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahlen.  
2. Kartellbericht.  
3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Wegen Wichtigkeit der Tages-  
ordnung ist das Erscheinen der  
Kollegen notwendig. D. O.

**Verband deutscher**  
**Gastwirtsgehilfen.**  
**General-Versammlung**  
am Mittwoch, dem 15. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Berichte des Vorstandes.  
3. Abrechnung vom 4. Quartal.  
4. Neuwahl des Vorstandes, der  
Kartelldelegierten, der Revisoren.  
5. Unser Wintervergnügen.  
6. Verschiedenes.

**Nachts 1 Uhr:**  
Große öffentliche  
**Versammlung**  
aller im Gastwirtsgewerbe  
beschäftigten Personen  
im Gesellschaftshaus „Monopol“  
Johannisstraße 25.  
Tages-Ordnung:  
Heraus mit dem wöchentlichen  
Rubetage.  
Ref.: W. Steger-Hamburg.  
Freie Diskussion. (372)

**Konsumverein**  
für Lübeck und Umgegend  
e. G. m. b. H.

**Bezirks-Versammlungen**  
für die Mitglieder der  
Abgabestelle Elswiggr.  
am Sonnabend, d. 16. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Weißen Engel“.

Für die Mitglieder  
**Holstentor-Nord**  
am Freitag, dem 17. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im Waisenhof, Fackenburg, Allee.

Für die Mitglieder  
**in Schlutup**  
am Sonnabend, dem 18. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
bei Saborowski, Gasthof zur Linde.

Für die Mitglieder der  
Abgabestelle Kronsfordter Allee  
am Montag, dem 20. Januar  
abends 8 1/2 Uhr.  
bei Herrn Gastwirt Hagestein,  
Gemeiner Straße.

Für die Mitglieder der  
**Stadt**  
am Montag, dem 20. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Für die Mitglieder  
**Holstentor-Süd**  
am Dienstag, dem 21. Januar  
abends 8 1/2 Uhr,  
in der „Flora“, Nebenhofstraße.  
Tagesordnung  
in allen Versammlungen:  
1. Bericht des Genossenschaftsrats.  
2. Wahl für die auscheidenden Ge-  
nossenschaftsratsmitglieder.  
3. Verschiedenes.  
Stimmzettel werden nur gegen  
Vorzeigung der Mitgliedsbücher  
abgegeben.  
Um zahlreiches Erscheinen der  
Mitglieder und deren Frauen bitten  
392) Der Vorstand.

**Hansa-Theater**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Nur noch wenige Tage  
**Zirkus Liliput**  
u. a.  
**Ringkampf-Konkurrenz**  
(mit Schiebung).  
Preis: Eine goldene Uhr mit  
Kette, gesittet von der  
Direktion des Hansa-Theaters.  
Vorher:  
**Spezialitäten 1. Ranges.**  
Nach der Vorstellung ab 11 Uhr:  
**Kabarett.**  
**Schönheits-Konkurrenz.**  
Mittwoch, den 15. Januar:  
Die letzte Nachmittagsvor-  
stellung der Liliputaner.  
Kleine Preise. Anfang 4 Uhr.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Abschiedsvorstellung**  
der Liliputaner.  
Im Kabarett:  
**Elite-Abend mit Liliputaner.**  
382) Eintritt frei.

**Neues Stadttheater.**  
Mittwoch, den 15. Januar 1913.  
Abends 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.  
Außer Abonnement. Mittel-Preise.  
**Der liebe Augustin.**  
Operette von Leo Fall. 374  
Donnerstag, 16. Januar 1913.  
Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
101. Postf. i. B. 17. Postf. i. D. 1.  
**Eva (Das Fabrikmädel).**  
Operette von Frz. Scher. 374  
Große Preise.  
In Vorbereitung: **Gudrun.**  
Trauerspiel von Ernst Hardt.  
**König für einen Tag.** Oper von  
Adam in d. Bearbeitung von F. Wolff.

## Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

II.

Der Platzkommandant ließ den Generalmarsch schlagen, alle vom Volk bedrohten Bureaus besetzen und die Straßen abpatrouillieren. Auf dem Klingenberg, wo das Volk das Gebäude der Regieverwaltung belagerte, kam es zu einem blutigen Konflikt als einer der Tumultuanten von einer herankommenden Patrouille verhaftet werden sollte. Da die Menge sich widersetzte und die Patrouille bis in die Sandstraße zurückdrängte, ließ der Befehlshaber nach vorausgegangenem vergeblicher Aufforderung zum Auseinandergehen einige Soldaten vortreten und Feuer geben. Obgleich die Soldaten wohl über die Köpfe der Menge hinweggeschossen haben mögen, wurde doch ein neugieriger Barbier, namens Koch, in den Kopf getroffen. Der Unglückliche, der sofort tot war, hatte sich, um die Ereignisse besser übersehen zu können, auf die oberste Treppenstufe seines am Kohlmarkt belegenen Hauses gestellt. Er hinterließ eine Frau und sechs unmündige Kinder. Als das Volk sah, daß einer tot hinweggetragen wurde, floh es bestürzt auseinander. Der Kampfesmut war schnell veräußert.

Inzwischen verließen noch in derselben Nacht alle Militär- und Zivilbeamten die Stadt. Am folgenden Morgen befand sich kein bewaffneter Franzose mehr in der Stadt. Die Tore wurden von einer aus Bürgern bestehenden Sicherheitswache besetzt. Die kaiserlichen Beamten kehrten zwar schon bald wieder mit einem Teil der Besatzung zurück, doch war ihres Bleibens nicht lange, denn bald erhielten sie Order, sich nach einem beliebigen Orte jenseits der Elbe zurückzuziehen. Der Unterpräfekt übergab seine Effekten dem Maire in Verwahrung und verließ Lübeck am 9. März.

Während sich diese Ereignisse in Lübeck zutrugen, hatte es auch in Travemünde nicht an unruhigen Auftritten gefehlt. Kaum war hier die Nachricht von den Vorfällen in Lübeck bekannt geworden, als 40 Mann der Küstenartillerie unter dem Vorwande, keinen Sold empfangen zu haben, meuterten, doch gelang es dem Travemünder Maire, Henn, bald die Ruhe wiederherzustellen. Er ließ die in der Festung vorhandene Munition vernichten und traf Vorkehrungen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Doch gelang ihm dieses nur zum Teil. Ein von französischen Zollbeamten bewohntes Haus wurde demoliert, sie selbst mit Schimpfworten und tätlichen Angriffen aus dem Orte vertrieben. Eine vom Maire organisierte Sicherheitswache verschlimmerte durch Ueberschreitung ihrer Machtbefugnisse die so wie so schon höchst unergiebliche Situation nur noch mehr. Eine kleine Abteilung französischer Truppen rückte in die Travemünder Festung ein. Als dann aber die Franzosen zum zweitenmale Lübeck räumten, verließ auch die Besatzung Travemünde, nachdem sie vorher ihre Geschütze, Munition und Proviant unbrauchbar gemacht hatte, wieder. Vor seinem Abzuge hielt der Kommandant Schomburg an seine Soldaten und die mit dem Maire anwesenden Travemünder Bürger eine Ansprache. In derselben wurde ausgesprochen: „daß der Kaiser diese Länder verlassen und sie ihrem alten Gouvernament zurückgeben werde; daß Befehle da seien, die Zitadelle zu räumen und die Schlüssel derselben dem Maire und den angesehensten Bürgern zu übergeben,

obwohl nicht aus Furcht vor den Russen, welche noch weit entfernt wären, sondern um sie nicht weiter zu hüten; daß die Küstenartillerie nach Belleben davongehen oder noch eine Weile bleiben könnten.“

Hierauf ließ der Maire die Lübsche Flagge hissen und den Geistlichen anbefehlen, aus den kirchlichen Zirkeln den Kaiser Napoleon, die Kaiserin Marie Louise und den König von Rom künftig wegzulassen. Doch waren diese Freudenbezeugungen entschieden verfrüht, denn als er — der Maire — über seine Anordnung nach Lübeck brichtete, wurde ihm bedeutet, daß, da die Franzosen Lübeck, ihren Versicherungen nach, nur vorübergehend geräumt hätten, eine derartige überreife Betätigung des Freiheitsdranges der Travemünder nicht am Platze sei.

Beschämt ließ der Maire die Lübsche Flagge wieder einziehen, die französische aufs neue entfalten, die Zitadelle mit Bürgerwachen besetzen, den Munizipalrat versammeln und eine Erklärung dahingehend verlesen: daß Travemünde zur Zeit noch immer eine französische Stadt sei.

Da die Franzosen Lübeck verlassen hatten, mußte noreist die Feuerwehr für die Sicherheit der Stadt machen. Die schon im Entstehen begriffene Bürgerwehr wurde vermehrt. Ein am Hute befestigtes zinnernes Schild mit den Buchstaben B. W. bildete die ganze Uniformierung. Da die Franzosen bei ihrer Besitzergreifung alle Waffen der Bürger eingefordert hatten, mußte die Bürgerwehr mit Jagdflinten, alten Ballasthaken, Galanteriedegen, Hirschfängern etc. bewaffnet werden.

Um überall schnell jeden Aufstand im Keime zu ersticken, wurden sowohl an den Stadttoren, wie auch in drei Privathäusern, auf dem Kuhberge (Seibelpfad), hinter dem Markt und auf dem Klingenberg Wachen eingerichtet. Die Schenkstuben und Krüge mußten einer Verordnung des Maire zufolge schon um 8 Uhr abends geschlossen werden. Wie notwendig dieses war, zeigte sich, als am 16. März die Kunde von dem Anrücken der Russen in der Stadt bekannt wurde.

Der wohl schon längst im Geheimen geschürte, sich gegen den französischen Postdirektor L e j e u n e gerichtete Unwille brach los. Ob sich der Postdirektor die ihm zur Last gelegten Amtsverbrechen wirklich hatte zuschulden kommen lassen, oder ob er Feinde in der Stadt gehabt hat, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß seine Bureau- und Wohnräume in der Mengstraße demoliert und er selbst tätlich insuliert wurde. Mit großer Mühe gelang es dem ehemals in russischen Diensten gewesenen Rittmeister v. Evers mit Hilfe der Bürgerwehr, den Mann über die Grenze nach Sackenhurg zu bringen. Als dann aber der Haufe sich mit dem Rufe „Weih up!“ nach dem in der Königstraße belegenen Hause des Maire begab, um auch dieses zu demolieren, ließ der Maire den in S i o c k e l s d o r f liegenden dänischen Oberst v. W a l d e k bitten, 30-40 Dragoner zum Schutze der Stadt zu entsenden, was auch geschah.

Als dann aber bekannt wurde, daß am 18. März, nachmittags, die Russen unter dem Oberst v. Lettenborn in Hamburg eingerückt seien, eilten zwei Munizipalräte nach Hamburg, um den Schutz der Russen zu erbitten. v. Lettenborn erklärte aber, daß er nur den früheren Rat der Stadt anerkennen und solange dieser nicht wieder in Amt und Würden eingesetzt worden sei, die Stadt von ihm als eine feindliche angesehen werde.

Als dieser Bescheid in Lübeck bekannt wurde, zog die Bevölkerung vor das Stadthaus und forderte die Entfernung der kaiserlichen Hoheitszeichen, sowie die Auflösung aller französischen Staatsseinrichtungen. Der Munizipalrat mußte diesem Drucke nachgeben und seine Auflösung beschließen. Unter Begleitung einer Abteilung der neugebildeten Bürgerkavallerie begab sich der Maire mit den Munizipalräten zu den Wohnungen der früheren Bürgermeister Lindenbergs und Tesdorps, um ihnen die Auflösung des Munizipalrates anzuzeigen und gleichzeitig zu bitten, im Interesse des Gemeinwohls die Regierung wieder zu übernehmen.

Lindenbergs wies auf das Schicksal hin, welches ihm und den übrigen Senatspersonen bevorstehe, wenn die Franzosen wieder zurückkehren würden. Diese Bedenken schwanden gegenüber der Möglichkeit einer russischen Invasion.

Als sich am 19. März, nachmittags 2 Uhr, der alte Senat versammelte, herrschte in den Straßen der Stadt allgemeiner Jubel. Man beglückwünschte sich gegenseitig auf das herzhafte wegen der wiedergekehrten Freiheit der Vaterstadt. In den Straßen wurden überall Freudenläufe abgefeuert. Die Lübsche Flagge, und neben ihr zum Teil die russische, englische, preussische und schwedische, wurde am Rathause, auf dem Markte, auf den öffentlichen Plätzen, sowie an vielen Privathäusern aufgesteckt. Auch alle auf der Trave liegenden Schiffe flaggten. Als die beiden Bürgermeister sich auf das Rathaus begaben, wurden die Pferde ihrer Wagen ausgespannt und diese vom Volk gezogen. Vor dem Rathause angekommen, hob man die beiden Herren aus den Wagen und trug sie auf den Schultern in das Haus.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 13. Januar 1913.

89. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Der Gesetzentwurf über das Verfahren gegen Jugendliche. Erste Lesung.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco: Der Entwurf soll eine fühlbare Lücke ausfüllen. Im Jahre 1910 befanden sich unter 100 000 Jugendlichen 659 kriminelle. Das geltende Recht berücksichtigt nicht, daß bei jugendlichen Erziehung weit mehr am Platze ist als Strafe, die hier oft mehr schadet als nützt. Der Entwurf will die Reaktion des Staates gegen Vergehen und Verbrechen jugendlicher Erziehung in eine Fürsorge für die Jugendlichen umwandeln. Es empfiehlt sich bereits vor der Reform des Strafgesetzes, diese Materie vorwegzunehmen. Auf Einzelheiten wird sich am besten in der Kommission eingehen lassen.

Stadthagen (SD): Die Vorlage enthält außerordentlich wenig, beinahe garnichts. Die Hauptschuld an der Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen trägt der Staat, trägt die Gesellschaft selbst. Die Jugendlichen sollten nicht bestraft, sondern erzogen werden. Eine Hauptursache für die ständig wachsende Kriminalität liegt in der Verschlechterung der Lebenshaltung des Volkes durch die Zollgesetzgebung. Wird der Entwurf so, wie er uns vorliegt, Gesetz, dann wird an den bestehenden Zuständen nichts geändert werden. Im Gegensatz zum Entwurf sollte die Einrichtung der Jugendgerichte überall obligatorisch gemacht werden. Wenn man bei den Jugendgerichtlichen Schöpfungen zugreifen will, die in der Jugenderziehung besonders erfahren sind, so sollte man auch zu den Strafkammern, die über Jugendliche abzurteilen haben, Laien hinzuziehen. Die sogenannte kleine Reform

## Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(4. Fortsetzung.)

Sternau hatte ihm davon gesagt, und er hat mich ersucht, sie ihm sobald als möglich zu geben, denn — er schwieg nochmals lächelnd still und fuhr dann fort: Die Professur für Archäologie an der Universität ist seit kurzer Zeit erledigt und soll nun wieder besetzt werden; es wäre möglich, daß der Minister auf mich aufmerksam gemacht werden könnte, aber —

Seien Sie überzeugt, mein Lieber, sagte die Majorin mit stolzer Bestimmtheit, der Minister wird auf Sie aufmerksam gemacht werden; auch habe ich gar keinen Zweifel, daß Sie die Stellung erhalten.

Glauben Sie wirklich, daß es zu — Unterhandlungen kommen könnte? fragte der Doktor ängstlich.

Ich kann Ihnen sogar sagen, erwiderte sie, daß alle Einkalkulationen dazu getroffen sind, daß der Minister auf Sie aufmerksam gemacht ist, daß Sie ihm aufs dringendste empfohlen sind, und daß Sie zu gewichtigen haben, zu ihm gerufen zu werden. Sternau hat es mir mitgeteilt, fuhr sie fort; Sie sind ihm den größten Dank schuldig, er interessiert sich aufs lebhafteste für Sie, durch ihn natürlich auch sein Schwager, durch diesen andere einflussreiche Männer, selbst der Staatskanzler. Man erwartet nur noch Ihre Abhandlung, zu welcher Sie Sternau angetrieben hat. Eilen Sie damit, so viel es angeht, im übrigen hat es nichts auf sich, das ganze soll nur zur unterstützenden Empfehlung dienen. Sie werden Professor werden, mein Lieber, dafür wird die Familie sorgen, mit welcher Sie sich verbunden haben, und Herr Professor Gerber klingt doch schon besser, als Herr Doktor. Meinen Sie nicht, Frau Professorin?

Die junge Dame nickte lächelnd.

Das ist der Anfang, fuhr die Tante fort. Der verstorbene Professor war aber auch Geheimrat, war Mitglied der Akademie, war Direktor des Museums und wurde endlich sogar Mitglied des Staatsrats. Ich sehe durchaus nicht ein, warum der neue Herr Professor nicht ebenfalls bald in alle diese Ämter und Titel rücken soll, und er wird hineinrücken, verlassen Sie sich darauf. Sternau hat mir gesagt, daß das alles sehr bald zu erreichen sei bei richtiger Tätigkeit und Geschicklichkeit, verbunden mit der nötigen Klugheit.

Daran, sagte Johannes Gerber furchtbar und mit feinem Kopfschütteln, ja daran fehlt es mir wirklich gar sehr; nämlich an sogenannter Lebensklugheit oder ehrgeiziger Klugheit,

und ich leugne es nicht, es beängstigt mich, wenn ich denke, vielleicht wirklich und unerwartet zu einem Lehrstuhl berufen zu werden, für den es gewiß viel Würdigere und Passendere gibt, als ich bin.

Aber was wollen Sie denn? fragte die stolze Dame, indem sie nützlich lächelte. Wollen Sie denn Ihr ganzes Leben über nichts weiter werden, als was Sie jetzt sind, und unter Ihren Büchern hier in der Gartenstube sitzen bleiben?

Ich glaube wirklich, es wäre mir das liebste, sagte er in seiner Besonnenheit freudig aufatmend.

Die Frau Majorin lachte scharf auf. Aber mein Gott! rief sie, ein Mann ohne Ehrgeiz ist wie ein Mädchen ohne Eitelkeit. Man muß doch etwas auf sich halten, muß hervortreten, sich geltend machen.

Glauben Sie mir, sagte der Doktor faustmütig, das beste, was der menschliche Geist von je an entdeckte und enthüllte, geschah in der Stille und von Menschen, die weder Professoren noch Geheimräte waren.

Sie werden wichtig, mein Lieber! rief die Tante. Denken Sie denn gar nicht daran, daß Sie sowohl Pflichten gegen sich selbst, wie gegen Emma, gegen Ihr Kind und gegen Ihre ganze Familie haben?

Johannes blinnte sie fragend an. Wir sind nämlich Menschen, nicht etwa Engel, fuhr die große Dame belehrend fort, indem sie ihre gewaltige Gestalt aufrichtete, als wollte sie beweisen, daß viel irdischer Stoff zu ihr verbraucht sei. Das glauben Sie doch?

O gewiß, sagte der Doktor lächelnd.

Als Menschen aber haben wir viele menschliche Bedürfnisse. Ich meine nicht etwa die Ernährung, welche Sie mit Ihrem Gelde sich verschaffen können, sondern wir haben höhere Bedürfnisse, wir wollen geachtet sein, wollen, daß wir aus der gemeinen Menge uns zu einer höheren Stufe erheben. Und das ist die Pflicht jedes Menschen, daß er sich anstrengt, um zu denen zu gehören, die oben stehen, und mit ihnen die Freuden und Auszeichnungen des Lebens zu genießen, teil zu nehmen an den Genüssen und seinen Namen berühmt zu machen. Unterbrechen Sie mich nicht. Ich will nur noch hinzufügen, daß die ganze vernünftige Menschheit den irdisch nennen würde, dem die Wege geöffnet werden, einen ehrenvollen Platz einzunehmen, der aber davor zurückwiche, um lieber im Schatten eines Kastanienbaumes alt zu werden. Wie würde man einen solchen Mann nennen, der so wenig Energie und Ehrgeiz besitzt?! — Die Verbindung mit unserer Familie öffnet Ihnen jeden Weg, mein Lieber, und nun fragen Sie sich einmal ernstlich, was Emma wünscht und wünschen muß. Kann es Ihrer Frau gleichgültig sein, ob

der Doktor Gerber ihr Mann ist oder der Geheime Regierungsrat und Direktor des königlichen Museums? Eine Frau fühlt sich gehoben durch den Rang ihres Mannes. Ich würde mit viel größerer Sehnsucht an meinen Gatten denken, wenn er es zum General gebracht hätte, und würde ihn ganz nützlich stolz geliebt haben, wäre er Excellenz gewesen. Frauennaturen sind einmal so, mein Lieber, und dieser Stolz auf den Mann ist durchaus gerechtfertigt. Jede Frau sieht sich in dem ruhmvoll emporgestiegenen, zu hohen Ehren gelangten Gatten mitgehört, ihre Liebe erhält dadurch ein edles Feuer; sie bewundert ihren Auserwählten, den alle Menschen bewundern. Man kann wirklich von einer Frau nicht verlangen, daß sie einen Mann innig lieben soll, der nicht auf ihrem Stolze Nahrung gibt. — Wenn Sie nun aber gar Kinder haben, wie kann für diese besser gesorgt werden, als wenn der Vater eine höhere Stellung einnimmt? Was kann aus den Kindern des in tiefer Stille lebenden Doktor Gerber großes werden? Was wird dagegen aus den Kindern des Geheimen Regierungsrats und Direktors, der einen großen Kreis hilfsreicher und angesehener Verwandten und Freunde besitzt? — Die Töchter machen gute Partien, die Söhne rücken rasch vorwärts, werden befördert, finden Beschäftigung. Es ist einmal so im Leben, mein Lieber, wer oben schwimmt, hat Luft und Sonnenschein, und bei größter Gerechtigkeit kann es gar nicht anders kommen, wie das alte Sprichwort sagt, daß, wer den Papst zum Vetter hat, gewiß ist, Kardinal zu werden.

Johannes hatte nachsinnend diese klugen Ermahnungen gehört, bei deren Ende er lebhafter aufblühte. Sie zeigten mir da ganz neue Gesichtspunkte, antwortete er. Ich werde meine Abhandlung in den nächsten Tagen schon dem Geheimrat überbringen, und wenn es so sein sollte — ich meine, wenn der Minister mich etwa wirklich bevorzugte, nun so — ja, dann würde ich tun, was ich vermöchte, um nicht als unwürdig zu gelten.

Gewiß werden Sie das tun, erwiderte die Tante. Sie werden sich zu empfehlen wissen und immer dazu den nötigen guten Rat und nützliche Winke erhalten. Verlassen Sie sich auf Sternau und auf alle Ihre Beschützer, welche für Sie sorgen werden. Ihre Gönnermiene drückte deutlich aus, daß sie selbst in der ersten Reihe dieser Beschützer stehe, und mit einem herablassenden Lächeln sah sie auf ihn nieder, als er ihr dankbar die dargebotene Hand küßte.

Natürlich werden Sie auch aus dieser entlegenen Gegend fortziehen und sich besser einrichten müssen, fuhr sie dann fort.

Am liebsten würde ich im Park wohnen, sagte die Frau Doktorin, die den Kopf in ihre Hand fühlend, sich aufrichtete.

des St. G. W., über die Reichstag und Regierung schon früher einig waren, hatte das gute, daß alle für das allgemeine Strafrecht beschlossenen Änderungen auch auf die jugendlichen ausgedehnt werden sollten. Alle damals beschlossenen Verbesserungen sind in dem vorliegenden Entwurf keineswegs hinweggenommen worden. Daran herrschte Über- einstimmung, daß die Strafen aus allen Klassen der Bevölkerung genommen werden sollten, daß auch die Angehörigen der arbeitenden Bevölkerung Strafen werden sollten und nicht lediglich Wohlhabende über Anwesenheit aus anderen Gesellschaftsklassen urteilen. Einig war man sich auch darüber, daß die Strafen und Geschworenen Diktien und Ertrag der Reifekosten bekommen sollten. All das gehört in diesen Entwurf hinein. Dringend erforderlich ist, daß bei den Jugendgerichten nicht nur Volksschullehrer, sondern auch Frauen zu Sachverständigen herangezogen werden. Selbst wenn man sonst Frauen nicht zulassen will, so gehören sie, die ja an der Erziehung vorwiegend beteiligt sind, hier sicherlich her. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Das Hauptbedenken gegen die Vorlage ist, daß die Staatsanwaltschaft entscheiden soll, ob eine Anklage erhoben oder eine Erziehungsmaßnahme getroffen werden soll. Es ist zu befürchten, daß dann politische Momente maßgebend sein werden. So ist in Bremen ein Dienstmädchen, die eine Karte entwarf, dafür bestraft, aber der bedingten Begnadigung erwählend geworden. Von da an hatte sich das Mädchen einwandfrei geführt und dann geheiratet. 3 Wochen nach der Hochzeit wurde sie von einem Polizisten zur Verhaftung der Strafe abgeholt. Als ihre Verwandten sich erkundigten, wie denn etwas derartiges möglich sei, erhielten sie die Antwort: „Na, denken Sie sich nur, sie hat ja einen Sozialdemokraten geheiratet.“ (Lebh. Zustimmung.) Also weil sie einen Sozialdemokraten geheiratet hat, wird ihr das als eine politische Verfehlung angesehen. Wenn eine Behörde so vorgeht, wie kann man ihr dann das Recht geben wollen, zu entscheiden, ob sie einschreiten will oder nicht. Dadurch würde geradezu eine Partei ausgerufen werden auf die Begehung von Straftaten derjenigen, die nationale Gesinnung heucheln Sie würden ebensowenig verfolgt werden, wie heute die Arbeitswilligen. Was alles die sogenannte nationale Jugenderziehung mit sich bringt, sehen wir ja an dem 18jährigen Jüngelchen, das eine Marineuniform anzog und in dieser Soldaten, Gefreite und Unteroffiziere anknarrte. Das Jüngelchen wußte sehr gut, daß es nur auf die Uniform ankommt, nicht auf das, was darin steht. (Sehr laut bei den Soz.) Nicht die Staatsanwaltschaft darf die Entscheidung haben darüber, ob ein Strafverfahren oder eine Erziehungsmaßnahme am Platze ist. Die Vormundschaftsbehörde allein darf aber auch nicht entscheiden, sondern es müßten Laien zugezogen werden, und unter diesen müßte sich mindestens eine Frau befinden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die vorgeschlagenen Erziehungsmaßnahmen sind zu untersuchen, und ganz entschieden muß ich mich da gegen das Überweisen von

### Kindern in Zwangserziehung

ausprechen. In den preussischen Anstalten wird aus den besten Elementen alles Menschliche herausgeprägt, sie werden geradezu zu Verbrechern erzogen. Es ist nur erklecklich, daß noch so wertige Jugendliche durch diese sogenannte Zwangserziehung, die schlimmer ist, als Zucht- haus und Arbeitshaus, zu Verbrechern geworden sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Entwurf will die Bestimmungen über die Unterhaltungsbeiträge Jugendlicher etwas anders fassen. Meines Erachtens darf Unterhaltungsbeiträge über Jugendliche überhaupt nicht verhängt werden. Unbedingt muß auch entgegen dem Entwurf an der Öffentlichkeit des Verfahrens festgehalten werden, wenn es sich nicht um ein Verfahren vor der Vormundschaftsbehörde, also um Erziehungsmaßnahmen handelt. Bei Straftaten ist die Öffentlichkeit unbedingt notwendig. (Lebh. Zustimmung.) Dringend erforderlich ist auch, wenn das Strafverfahren gegen Jugendliche bestehen bleibt, eine Heranziehung des Strafmündigkeitsalters. Darüber, daß Kinder von 13 und 14 Jahren kein Objekt für die Straf- richter sind, sollte man sich wohl einig sein. (Lebh. Zustimmung.) Will man den großen Sprung von 12 auf 18 Jahre nicht machen, so wird man vielleicht einen Mittelweg bei 15 oder 16 Jahren finden können. Heute wird in geradezu erschreckender Zahlensumme Weise auch gegen Jugendliche vorgegangen, sie werden dem Arbeitshaus, der Zwangs- erziehung übergeben, ohne daß irgendwas von den sozialen Umständen die Rede ist, denen der Betreffende unterliegt. Er ist einfach eine Nummer, die zu einem Aktenstück gehört. Das muß bestritten werden, der Jugendliche muß als Mensch, als Person, als Individuum betrachtet werden. Hoffentlich gelangt es in der Kommission, an die wir den Entwurf zu über-

Eine solche Wohnung vereinigt Stadt- und Landleben, mein liebes Kind, unterstützte die Tante. Wir könnten eines von den neugebauten Häusern zunächst für den Sommer mieten, da Du doch unmöglich bei Deinem lebenden Zuplande in diesem dumpfen, alten Gebäude bleiben kannst. O, das wäre sehr schön! rief Emma lebhaft, indem sie ihrem Manne lächelnd zunickte.

Ich habe neulich schon eines dieser Häuser angesehen, das ganz für uns passen würde, sagte die Frau Majorin. Wir müßten es vollständig und behalten es, wenn es uns gefällt. Sie waren hier keine Einladungen machen, mein Lieber, auch Ihre jetzige Einrichtung reißt nicht dazu; wohnen Sie im Park, so können Sie Familien aus den besten Kreisen bei sich haben. Das alte Haus verkaufen Sie und werden das Geld nützlich an.

Der arme Doktor hätte alle diese Vorschläge mit stiller Ruhe und in einer gewissen Befassung, denn sie kamen ihm ganz unwillkürlich, aber er konnte diese doch nur äußerlich be- haupten, denn er hätte ein tiefes Weh dabei. Das Haus hatte schon seinem Großvater gehört, sein Vater hatte es sein ganzes Leben lang besessen, und er war darin ge- wohnt worden. Es lag allerdings in seiner vornehmsten Ge- gend, und was es als, hatte ziemlich niedrige Zimmer und weder Möbeln noch glänzende Geräte, allein es war nach der besten Meinung zu Hause, gemütlich und wohlthätig, wie es natürlich ein altes Haus sein sollte. Ein tiefes Grauen kam über ihn bei dem Gedanken, daß er es verlassen sollte. Wie keine Tante, alle seine Schätze, alle seine Schätze sollten aufgegeben und zerstreut, der gute, vornehmliche Haus- rat vertrieben, die Erbschaft, welche er so lieb hatte, von ihm abgehen würde, um irgendwem zu gehören, den er nicht kannte, und was er nicht kannte, das sollte er nicht besitzen. Er konnte sich nicht enthalten, das alte Häuschen seiner jungen Frau mit einem lebhaften Blick zu erwidern und, obwohl mit dem entgegenstehenden Bewußtsein eines Mannes vor der Scham geblühter Generäle, seine Einwendungen zu machen.

Ich weiß, daß, sagte er leidend, dieses Haus habe die Tante sehr gut geliebt, meine liebe Emma, und wenn es auch nicht in der besten Gegend liegt, so hat es doch doch einen sehr angenehmen Charakter, da weder viel Geräusch noch viel Staub und Regen, und ich aber —

Die Tante lag ihm nicht fern. Mein Gott! wie ich habe Sie doch alles schon wieder vergessen, mein Lieber? So schenken Sie doch auch noch einmal, daß Emma's Ge- heiß auf jeden Fall für den Sommer frühe Luft sein soll.

Ich werde ja einen recht netten Garten, erwiderte er. Dringlich sollte man sich für ein. Emma muß gesunde Luft haben.

(Ausschreiung links.)

weisen beantragen, ihn in den angegebenen Richtungen aus- zubauen. (Beifall bei den Soz.)

Dr. Pfleger (R.): Der Entwurf stellt eine bewusste Halbheit dar, er greift aus der verbesserungsbefürchteten Strafrechtsreform nur das Verfahren gegen Jugendliche heraus und läßt das materielle Strafrecht unberührt. Ganz besondere Bedenken müssen wir gegen die Bestimmung erheben, die eine Durchbrechung des Legalitätsprinzips be- deutet, daß nämlich die Staatsanwaltschaft nach eigenem Er- messen entscheidet, ob sie in dem Falle einer strafbaren Hand- lung einschreiten will oder nicht.

Dr. v. Calker (M.): Es ist bedauerlich, daß wir auf eine halbe Reform der gesamten Strafrechtsreform einstim- mlen werden verurteilt müssen. Umwonnener dürfen wir zögern, an das wichtige Problem heranzugehen, das der vor- liegende Entwurf löst. Auch wir stehen auf dem Stand- punkt, daß man auf dem Gebiet des Jugendstrafrechts die Strafe nicht in den Vordergrund stellen darf, wenn man etwas ausrichten will. Das Schicksal des Jugendlichen in der Voruntersuchung darf nicht in der Hand des Staatsan- walts liegen, sondern muß in die des Vormundschaftsrichters gelegt werden. Statt einer bedingten Begnadigung sollten wir die bedingte Verurteilung in das Gesetz aufnehmen. Ferner meine ich, daß wir nicht nur in einzelnen Fällen, sondern ganz prinzipielle Jugendgerichte errichten sollten. Auch würde es sich empfehlen, wenn ein Mädchen angeklagt ist, mindestens eine Frau als Schöfkin mitwirken zu lassen. Die Frau kann besser als der Mann die Bräute eines solchen Kindes nach der guten und schlechten Seite hin erkennen. (Sehr richtig!)

Giese (R.): Auch wir wünschen, daß der Vormund- schaftsrichter Jugendrichter sei. Dagegen wären wir nicht damit einverstanden, auch die Frauen dem Verfahren gegen Jugendliche zuzuziehen. Das Richteramt ist ein hartes und stren- ges Amt, wir haben viel zu viel Hoheitsaktura und Berechnung vor unseren Frauen, als daß wir ihnen ein so rauhes und schwe- res Amt aufbürden wollen. (Sehr richtig! rechts; links.) Wir glauben auch, daß bei den Frauen öfter Mitleid die Hauptrolle beim Urteilspruch bilden würde. (Wider- spruch links.)

v. Liszt (SP.): Die Regierung hat sich bei der Vor- lage Beschränkungen auferlegt, die sie nicht nötig hatte. Auch die Begründung ist äußerst dürftig. Die Loslösung des Ver- fahrens gegen Jugendliche von der Reform des allgemeinen Strafrechts war unbedingt nötig. Der Staatssekretär hat uns ja mitgeteilt, daß der Entwurf zum neuen Strafrecht- buch frühestens 1917 vorgelegt werden kann. Bis wir damit fertig sind, wird das Jahr 1925 herangekommen sein und wir können dann noch sagen, daß es schnell gegangen ist. Solange können wir aber mit der Regelung des Verfahrens gegen Jugendliche nicht warten. Gegen viele Bestimmungen des Entwurfs haben wir schwere Bedenken. Wir wissen vor allem nicht, worin es sich von anderen Schöffengerichten oder Strafammern unterscheiden soll. Genau ein solcher Amts- richter, wie er jetzt im allgemeinen Schöffengericht vorliegt, soll auch dem Jugend-Schöffengericht vorliegen, und bei den Strafammern ist schon gar kein Unterschied. Der Unter- schied ist lediglich in der Etikette an der Tür zu finden. Die Einrichtung der Jugendgerichte muß eskalatorisch sein. Dem Vorwurf der Klagenjuris werden die Staatsanwälte nicht entgegen, wenn man ihnen derartig weitgehende Entschlei- dungen überläßt, vor allem, die Entscheidung darüber, ob Besserungs- oder Erziehungsmaßnahmen vorzunehmen sind. Der Redner hofft, daß verschiedene Einzelbestimmungen sich in der Kommission verbessern lassen, und bittet schließlich, die Zahl der Mitglieder dieser Kommission nicht auf 21, son- dern auf 23 festzusetzen. (Beifall links.)

Hospiech (Wole): Die Fürsorgeerziehung ist nicht nur ein Besserungsmittel, sondern auch eine Strafe. Sie wird gerade in Orden häufig nicht deshalb angewendet, um die Kinder zu bessern, sondern um die Eltern zu strafen. Das hat man beim Breiten Schulstreik gesehen. Die staatliche Jugendpflege will den polnischen Kindern die Nationalität und die Muttererzucht rauben. Die Schulpolitik wird miß- braucht zu Germanisierungszwecken. Aber diese Art Jugend- pflege erreicht ihr Ziel nicht, sie trägt nur zur Verrohung der Jugend bei. Mäde der preussische Staat endlich von dieser verkehrten Politik lassen. (Bravo! bei den Polen.)

W. u. M. (Kp.) hält die Frauen für ungeeignet zum Richteramt. Die Angriffe des Abg. Stadthagen gegen die Fürsorgeerziehungsanstalten sind ganz unerschrocken; wenn auch einzelne Maßregeln vorgekommen sein mögen, so kann man doch nicht behaupten, wir erzogen die Jugendlichen zu Verbrechern. (Zust. rechts.)

Die Debatte wird geschlossen. Der Entwurf geht an eine Kommission von 28 Mit- gliedern.

Gleichfalls an eine Kommission geht die Revision der Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigen- tums.

### Der Etat des Innern.

Erster Tag.

Fischer-Berlin (SD.): Auf dem Gebiete der Sozial- reform ist eigentlich gar nichts geschehen. Dabei sind wir mit der Zeit sehr weit gekommen, und erwarten gar keine besonders großen Taten. Schon sind wir soweit, daß die Re- gierung sogar auf die sozialreformerische Propaganda ver- zichtet hat. Auf manchen Gebieten der Sozialpolitik ist das Deutsche Reich von anderen Ländern her bereits weit überholt. Wer spricht heute noch von den Februarerlassen Kaiser Wil- helms II. Es ist mit ihnen gegangen wie mit den Beispielen des Königs von Preußen, das Dreiklassenwahlrecht aufzuhe- ben. Der König hat die Wahlreform als die dringendste Aufgabe bezeichnet, und die konservativen Parteien treiben demit — um nicht einen unparlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, will ich sagen — Fußball. (Heiterkeit.) Genau so treiben es die Reichsbehörden mit den Februarerlassen. Vor 23 Jahren hat der Kaiser es feierlich als Aufgabe der Reichsverwaltung erklärt, die Zeitdauer und Art der Arbeit zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit und der wirt- schaftlichen Kräfte des Arbeiters gewahrt bleiben. Heute er- klärt der Staatssekretär, er werde niemals seine Hand zur geschicklichen Begrenzung der Arbeitszeit hüten; der Normal- arbeitszeit ist ihm

ein Grenz.

Vor 23 Jahren hat der Kaiser die Gleichberechtigung der Ar- beiter proklamiert. Heute will der Staatssekretär auf dem Wege des Vertrages die Arbeiter um das Koalitionsrecht bringen, und zwar unter dem Beifall auch des Zentrums. Die Reichsbehörden stellen den in Staatsbetrieben beschäftig- ten Arbeitern die ehrenvolle Zumutung, Reversen zu unter- schreiben, worin sie sich verpflichten, sich nicht zu koalieren und sich nicht an sozialistischen oder anderen ordnungsfeind- lichen Bestrebungen zu beteiligen. Das alles geschieht unter dem Beifall auch des Zentrums, das ganz vergessen hat, daß vor einem Reichstagswahljahr noch keine eigenen Bestrebungen als ordnungsfeindlich gelten. Ein sogenannter Arbeiterver- treter, Herr Seiler, erwidert noch dankend für diese Zusätze. (Sehr laut! bei den Soz. Lärm im Zentrum.) Der Kriegs- minister will in den Militärverwaltungen

### den Sabotageverboten der Kaiserin

einschreiten. Bei ihm mag eine solche Stellungnahme noch be- greiflich sein, bei dem Geiste der Subordination, der sein Amt ist, ist er nicht zu tadeln. Unbegreiflich aber erscheint es wenig- stens auf den ersten Blick beim Staatssekretär des Innern.

Leser will aber die Thronrede durch, mit der dieser Reichs- tag / fraft wurde, so werden wir die Rede des Staatssekre- tär's Delbrück, worin er sich für die Einschränkung des Koaliti- tätsrechts ausspricht, nicht länger für eine unvorberetete Re- gierungserklärung halten. Die Thronrede verweist ja aus- drücklich auf die Reichsverfassungsordnung und meint dann, die Entwicklung steht nicht still. Nein, die Entwicklung steht nicht still, das beweisen die 110 Sozialdemokraten im Reichstag, und die 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber für die neue Stellung- nahme des Staatssekretär's, die ja mit einer so reichlichen Zusage verbunden worden ist, falls diese nicht etwa nur in des Reichstanzlers folgen sollte, der ja auch als Staats- sekretär des Innern maiorisiert wurde (Stitt.) — für die neue Stellungnahme Delbrück's liegt die Erklärung in dem Hin- weis der Thronrede auf die Reichsverfassungsordnung. Seine Worte sind in der Tat der Ausdruck des besten Geistes, der in der Reichsverfassungsordnung die Landarbeiter recht- los gemacht hat, der ihn in den Landfrankentassen jede Selbst- verwaltung verweigert, der die Witwen und Waisen ent- wälzt und mit Hungerpremiën abgefunden hat. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Man braucht die Stellungnahme der Regierung und der bürgerlichen Parteien nur an einigen Beispielen zu beleuchten. Wenn ein konservativer Redner hier erklärt, es gehe nur den Arbeitern schlecht, die ihr verdientes Geld für Mehlglaskoln ausgehen (Spüruse b. d. Soz.), wenn er das in der Zeit der Fleischteuerung und der Wucherzölle erklärt, dann ist das eben eine

### besondere Wille der konservativen Herzensbildung.

(Sehr laut! b. d. Soz.) Dem gegenüber ist darauf zu verwei- sen, daß die Landesversicherungsanstalt Oberfranken einen Antrag auf Invalidentag abgelehnt hat mit der Begrün- dung: „Sie befinden sich lediglich im schlechten Ernährungs- zustand, wie dies bei den Hauswebern häufig anzutreffen ist.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) In einem Rundschreiben der Ge- neral-Kommission Münster vom 11. November 1912 heißt es: „Es empfiehlt sich, nur jüngere Kräfte anzunehmen und diese gegen andere jüngere Kräfte zu ersetzen, wenn jene sich ver- heiraten.“ (Hört, hört!) Von allen Seiten wird über den Geburtenrückgang geklagt. Man will nicht wissen, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Ehe zu einer wirtschaft- lichen Frage umwandelt und vielen Schichten ein Zwangs- zölibat auferlegt. Die Herren fragen nur nach der Lösung, die Verheirateten zu entlassen und jüngere billigere Kräfte einzustellen (Psul!) In den Regierungsbetrieben werden die Arbeiterlöhne so niedrig gehalten, daß die Agrarler nicht zur Bezahlung höherer Löhne gezwungen werden, deshalb bevorzugt man bei Kanalbauten Galzler und Ruffen, damit die deutschen Arbeiter der wohlwollenden Fürsorge der Para- rier nicht entzogen werden. Schatz der nationalen Arbeit heißt bei Ihnen:

### Schutz des Geldbeutels der Konservativen.

(Lebh. Zustimmung links.) Wenn die Arbeiterorganisationen die Löhne heben wollen, schädigt man Maschinengewehre ge- gen sie aus. Die Mecklenburg-Schwärmer Eisenbahndirektion erkundigte sich nach den Landarbeiterlöhnen des Gebiets, da- mit sie nur ja nicht durch höhere Löhne das Mißfallen der Junker erzeuge. Für das germanische Museum wurde ein wissenschaftlicher Hilfsarbeiter mit abgeschlossener Univer- sitätsbildung in Kunststoffechnik gegen 100 Mark monatlich verlangt. Für dieses Museum gibt das Reich jährlich 30 bis 40.000 Mark. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Wladimir- Kolbe hat gewünscht, daß die Marineingenieure aus münde- rem Stande genommen werden, als die Seeoffiziere. Auch für die Reichsregierung gilt das Wort: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben!“ Der Regierung kommt es nur darauf an, daß die Hände des Vaters eines Beamten nicht durch christliche Arbeit geküßt sind, eher kann er Bordknecht sein. Alle christliche Arbeit wird höhnisch verachtet. — Ich will nicht für den sozialpolitischen Stillstand den Staatssekretär allein als Sündenbock schlachten (große Heiterkeit); die Hauptschuld trifft die bürgerlichen Parteien, die die Regierung nicht gegen den schmarbamerischen Einfluß schützen. Die Reichstagsbe- schlüsse auf Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Binnen- schifffahrt, Hausindustrie, den Wäsch- und Blättanstellen, ge- gen die Nacharbeit in Wäbereien und die Sonntagsarbeit im Handelsaewerbe sind unersüßlich geblieben. Dringend not- wendig ist größerer Schutz für die Arbeiter der Großschif- fahrt und die Schaffung eines Reichsberggesetzes, das der Staatssekretär trotz der Erkenntnis seiner Notwendigkeit ab- lehnen muß, weil der preussische Ministerpräsident es so will. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist überhaupt das hervor- stechende der ganzen Reichspolitik. Nicht was das Reichs- interesse erfordert, nicht was der Reichstag in seiner Weis- heit verlangt von der Regierung, ist für sie maßgebend, ent- scheidend und maßgebend ist einzig und allein der Wille Preußens. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Da in der preussischen Regierung das Junkertum im Reinkultur vertreten ist, ist auch für die Reichsregierung maßgebend der

### Wille des preussischen Junkertums.

Ich glaube nicht, daß jemals seit Gründung des Reiches eine Regierung in so beschämender Abhängigkeit von Preußen war, wie die gegenwärtige Reichsregierung. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Fast als Reichsbettler muß die Reichsregierung vor Preußen erscheinen und das geht hinunter bis auf solche Bagatellen, wie die

### Einführung einheitlicher Wahlurnen

für die Reichstagswahlen. Die Reichsregierung würde wohl gern diesem einheitlichen Wunsch des Reichstags nachkommen, aber der preussische Polizeiminister erlaubt es nicht. Er ist be- zogen auf die Wahlurnen der Konservativen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Delbrück hat ja förmliche Bittgän- ge bei Herrn v. Dallwitz machen müssen, er möge doch seinen grundsätzlichen Widerspruch aufgeben, da ja jetzt auch die Konservativen sich an der Rundgebung für die Einführung solcher Wahlurnen beteiligen (Hört, hört!); die Reichsre- gierung könne eine völlige Ablehnung gegenüber der Rund- gebung des Reichstags nicht gut vornehmen. Er, Delbrück, habe ganz im Sinne des preussischen Ministers die Schwerig- keiten dargelegt; aber da das geheime Wahlrecht nun einmal bestesse, müsse doch alles geschehen, um eine Verlegung des Wahlgeheimnisses zu verhindern. Der Staatssekretär hat also im Reichstage nach dem Votum des preussischen Polizei- ministers, vielleicht sogar gegen seine eigene bessere Ueber- zeugung polemisiert und argumentiert. (Hört, hört!) Will das nicht eine für das Reich geradezu beschämende Tatsache? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch der Reichstanzler, der ja zu- fällig auch preussischer Ministerpräsident ist, muß auf den Willen des preussischen Kanalrebellens Rücksicht nehmen. Im Jahre 1910 soll eine preussische Ministerialverordnung im Hinblick auf den damaligen Widerstand der konservativen Partei die Beschlußfassung über diese Angelegenheit vertagt haben! (Hört, hört!), und der Reichstanzler drückte sein Bedauern- aus, daß er jetzt nicht in der Lage sei, seine Zusage dem Reichstag gegenüber noch in dieser Tagung des Reichstages einlösen zu können. (Hört, hört!) Also das ist das Verhält- nis der Reichsregierung zur preussischen Regierung, so groß ist ihre „Unabhängigkeit“. Der Reichstanzler gibt dem Reichstag beruhigende Zusicherungen, und als preussischer Mi- nisterpräsident muß er in Hinblick auf den Widerstand der konservativen Partei sein Wort unersüßlich lassen. Dann stellt sich der Reichstanzler hier Wort hin und erklärt: „Keine Re- gierung steht über den Parteien.“ (Große Heiterkeit.) Wo-

Feiner Partei, von niemandem empfangen ich Instruktionen. Ja, Instruktionen empfangt er nicht, aber

Innrend muß er tun, was die preussischen Junker wollen und knurrend muß er unterlassen, was sie nicht wollen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Der preussische Minister des Innern wird förmlich beschworen, nachzugeben, wenn nicht im Reichstag eine politisch bedeutende Stimmung erzeugt werden soll über solche unwürdige Abhängigkeit der Reichsregierung von der preussischen Staatsregierung. Die Situation sei heute eine ähnlliche wie vor 10 Jahren bei Einführung der Wahlumschläge und Wahlzellen. Im Reichsamt des Innern scheint man die preussischen Landräte à la Salem und die preussischen Wahlkommissare à la Schwab ziemlich genau zu kennen und zu wissen, daß sie auf preussische Regierungserlasse pfeifen, wenn sie nicht den Interessen der konservativen Partei entsprechen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist die Erklärung der Tatsache, daß seit 10 und 20 Jahren der Reichstag immer wieder Beschwerden führt gegen die skandalösen Wahlbeeinflussungen der preussischen Wahlkommissare und daß jeder preussische Landrat sich lustig macht über die Ohnmacht des Reichstags, der es bis zur Stunde noch nicht durchsetzen konnte, daß die preussischen Landräte politischen Anstand lernen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der preussische Polizeiminister meint, die einheitlichen Wahlurnen würden große politische Schwierigkeiten zur Folge haben. Meint der preussische Minister vielleicht, es würde dann eine große Schwierigkeit bezeiten

### Wahlen zu fällen?

(Sehr gut! bei den Soz.) Zum Schluß wurde der preussische Minister darauf aufmerksam gemacht, er möge doch jetzt und nicht erst am Schluß der Legislaturperiode der Reichsregierung dieses Entgegenkommen an den Reichstag ermöglichen. Jetzt würde die Angelegenheit lediglich als technische Verbesserung des Verfahrens angesehen, vor den Wahlen aber würde der Eindruck entstehen, als ob die Regierung sich ihr Entgegenkommen habe abringen lassen. (Hört, hört! links.) Die Regierung Bethmann-Hollweg läßt sich doch nichts abringen. (Heiterkeit.) Dieser Eindruck, so wurde gesagt, würde agitatorisch nur zum Nachteil der Rechten ausfallen. (Rauhe Hört-hört-Rufe links.) Auch hier also das heiße Bemühen, ja die Wahlausichten der Konservativen nicht zu gefährden. (Sehr wahr! links.) Ob die preussische Regierung gegenüber solchen Tönen hart bleiben kann, weiß ich nicht. Sie wird wohl jetzt nachgeben und der Reichstag wird als Kennzeichen liberaler Ideen in der Regierung das Zugeständnis der Wahlurnen bekommen. (Heiterkeit.) Aber ganz sicher bin ich meiner Sache doch nicht, denn es sollen vor kurzem erst Anweisungen an die Kommissare ergangen sein, daß sie alle Vorlagen des Reiches erst der preussischen Regierung zur Begutachtung vorlegen und nicht vorher ihre Meinungen austauschen und festlegen, damit die Beratungen „vom Griffe der Kollegialität und dem Bestreben geleitet seien, die unbedingte Einheitlichkeit in der Politik des Reiches und Preußens zu fördern“. (Hört, hört! links.) Mit meinem beschränkten Untertanenerkenntnis vermag ich eigentlich nicht einzusehen, wie durch vorherige Besprechung der Reichskommissare der Geist der Kollegialität leiden soll; aber wahrscheinlich hat man damit trübe Erfahrungen gemacht und es ist zu Kraftproben gekommen, die die Abhängigkeit der Reichspolitik von der preussischen Regierung in Frage stellten. (Sehr gut! bei den Soz.) Diese Mißweisung sollte zeigen wie auf dem Gebiet der Sozialreform die Reichsregierung von preussischen Polizeiminister abhängig ist. Der Staatssekretär meint, die Staatsarbeiter unterliegen nicht der Gewerkeordnung. Daß er Juristen dabei auf seiner Seite hat, will ich gern glauben, Juristen können stets aus einem Gesetz das Gegenteil dessen herausinterpretieren, was der Gesetzgeber hat hineinlegen wollen, und das Reichsgericht ist ja vor jeder nur das Inkrement gewesen, um der Regierung die juristischen Gründe für ihre Politik zu liefern. In derselben Weise, wie Krupp und Stumm den Arbeitern ihre staatsbürgerlichen Rechte jahrelanglang genommen haben, tut es jetzt auch der Staat. Auch die Führer der katholischen Arbeiter müßten dagegen auftreten. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Statt dessen jubeln die Zentrumsredner und Arbeitersekretäre dem Minister noch zu, weil er den Terrorismus der freien Gewerkschaften angreift. Gewiß kommen solche Fälle vor, und ich bedauere sie im Interesse der Arbeiter, deren Kräfte nicht zersplittert, sondern zum Kampf gegen die gemeinsamen Feinde zusammengefaßt werden müßten. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Sind Sie denn aber frei von Schuld? Wissen Sie denn nicht, daß die Kämpfe um die Organisationsform von jeher in der erbittertesten Weise ausgefochten worden sind? Um die Frage, ob beim Abendmahl Hölle und Wein den Leib und das Blut Christi bedeuten, oder es wirklich sind, ist viel mehr Blut geflossen, als um die Frage, ob der Hele Herrgott im Himmel ist oder nicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie proklamieren den Grundgesetz, kein Sozialdemokrat darf in Staatsbetrieben beschäftigt werden, jeder Arbeitgeber hat das Recht, sozialdemokratische Arbeiter ihrer Gewinnung wegen auf die Straße zu werfen. Sie jubeln dem Minister zu, wenn er ehrliche Arbeiter zwingt, Reverse zu unterschreiben, die ungewonnen

### nur ein Christ

anterschrreibt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Und wenn die Arbeiter statt genug geworden sind, gleiches mit gleichem zu vergelten, dann klagen Sie über Terrorismus. Ihnen wie der Regierung und allen bürgerlichen Parteien fehlt jedes sittliche Recht, über den Terrorismus zu klagen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Aber die christlichen Arbeiterführer sind ja tatsächlich in einer ungewöhnlichen Situation. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Soz.) Bei der Interpretation der päpstlichen Enzyklika durch die deutschen Bischöfe fällt mir die Anrede von dem Nädägen ein, das traurig weinend in der Kirche zurückließ, weil sie wegen ihrer jüdischen Liebe keine Absolution empfing. Ein Kapuzinerpater, dem sie auf keine Frage schlüssig ihr Leid klagte, tröstete sie mit den Worten: „O mein Nädägel, was verleiht denn solch ein Jesuit von der Lieb?“ (Große Heiterkeit.) So sagen sich auch die Bischöfe: „Was verstehen denn die spanischen und römischen Zeloten im Vatikan von dem Wegen der deutschen Zentrums-politik: wären wir so dumm, diese Enzyklika im Wortlaut anzuwenden, so würden wir das Zentrum sprengen, Laufende von katholischen Arbeitern würden vom Zentrum abfallen.“ (Sehr richtig! bei den Soz.) Die christliche Gewerkschaftsbewegung soll verschwinden, das ist der Sinn der Enzyklika. Warum will denn der Papst nur den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter um die Hebung ihrer Klassenlage unterbinden? Die katholischen Arbeiter müssen sich doch fragen: warum ist nur unser Seelenheil gefährdet, wenn wir uns mit unseren Klassengenossen zur Hebung unserer Lage zusammenschließen, warum nicht auch das der Unternehmer, wenn sie sich mit Protestanten, Juden, Atheisten und sogar mit Freimaurern (Große Heiterkeit) gegen die Arbeiter verbünden. Würde der Papst sich unterlassen, den Unternehmern solche Zumutungen zu stellen wie den Arbeitern, so würde der Staatssekretär sich sehr energisch eine solche Einmischung von außen verbitten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber in solche Lage wird er nicht kommen, denn das Papsttum hat es zu allen Zeiten mit den Mächtigen gehalten, und wenn der Sozialismus einmal die Welt erobert hat, so wird das Papsttum sich auch zum Sozialismus bekennen. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Soz.) Wir begrüßen die Enzyklika, weil sie eine

Klärung zwischen der Kapitalistenklasse und den Arbeitern gebracht hat. Sie zeigt, daß die katholische Kirche es mit den Unternehmern hält. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir bedauern diese Stellungnahme. (Zuruf vom Zentrum.) Wir haben aber soviel Vertrauen in die Werbekraft unserer Gedanken, daß wir eine Konkurrenz der christlichen Gewerkschaften nicht fürchten. Wir wissen auch, daß die Enttäuschten und Erbitterten aus den anderen Organisationen zu uns kommen werden. Wenn dieser Tag gekommen sein wird, dann werden wir auch die Regierung zwingen können, eine wirkliche Sozialreform einzuführen. (Sturm. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Dehler: Der Hg. Fischer hat sich auf ein Schriftstück gestützt, in dem ich mich an den preussischen Minister gewandt habe. Er hat dadurch Material benutzt, daß er nur durch einen groben Vertrauensbruch erlangt haben kann. (Hört, hört! rechts. Lachen u. Unruhe b. d. Soz.) Ich verwehre mich dagegen, daß derart gewonnenes Material gegen die Regierung verwandt wird. Das entspricht nicht der Achtung, die wir hier gegenseitig haben und haben müssen. (Beifall rechts. Unruhe b. d. Soz.)

Hg. Fischer - Berlin (SO.) (persönlich): Ich habe nur eins zu erklären: Der Vorwurf des Vertrauensbruchs trifft mich nicht. Ich weiß nicht, von wem ich das Material habe, ich habe auch nichts dazu getan, es zu bekommen. Aber darin unterscheidet sich mich vom Staatssekretär, der sich hier gegen das von mir vorgebrachte, angeblich nicht einwandfrei gewonnene Material verwahrt hat, daß ich ihm recht geben würde, wenn die Angriffe nicht von einer Regierung kämen, die Tausende und Zehntausende Mark ausgibt, um Spitzel zu beschulen, die uns sogar in unseren eigenen Geschäftsräumen bespitzeln. Nicht wir haben einen Mißbrauch begangen, wenn von dort eine solche nichtswürdige Praxis geübt wird. Eine Regierung, die nichts dagegen einzuwenden hat, daß die Steuergroßen des Volks für derartige Zwecke verwendet werden, wird es mir wohl nicht übel nehmen dürfen, wenn ich auf ihre heutige Verwahrung nicht allzuviel Wert lege. (Beifall b. d. Soz.)

Präsident Kämpf: Sie dürfen gegen die Regierung nicht den Vorwurf erheben, daß sie eine nichtswürdige Praxis betreibt.

Das Haus vertagt sich.  
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (kurze Anfragen, Weiterberatung).  
Schluß: 6 Uhr.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Tarifverhandlungen im Malergewerbe.** In der Sitzung am Sonnabend wurden die Verhandlungen über das Tarifschema fortgesetzt. Beraten wurde über die Leistungen und Gegenleistungen, über die Festsetzung einer Lohnkürzung, über Lohnzuschläge und Fahrgeldvergütungen, Akkordarbeit, Lohnzahlung und Auflösung des Arbeitsverhältnisses, ohne daß es gelang, in den wesentlichsten Punkten eine Einigung zu erzielen. Die kritischen Punkte wurden für die nächste Beratung zurückgestellt. Da die Durchberatung des Tarifsummers doch nicht ganz erfolgen konnte, indem die Unparteilichen wegen dringender Angelegenheiten abreisen mußten, wurde beschlossen, die Verhandlungen zu vertagen und am 23. Januar wieder aufzunehmen.

**Lohnbewegungen im Schneidergewerbe.** Vom Verbands der Schneider sind dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe am 1. Dezember 1912 folgende Tarifverträge gefündigt worden: Apolda, Arnstadt, Augsburg, Bielefeld, Bonn, Böttrop, Brandenburg, Bremerhaven, Breslau, Dessau, Dortmund, Dresden, Eisen-Ruhr, Flensburg, Frankfurt a. O., Gelsenkirchen, Gera, Gießen, Gotha, Göttingen, Halberstadt, Hanau, Hannover, Harburg a. d. E., Heilbronn, Hirschberg, Karlsruhe, Rempten, Landau, Limbach, Marburg, Neumünster, Neustadt a. Harbt, Oldenburg, Plauen i. V., Posen, Pöckner, Rathenow, Ravensburg, Rudolstadt, Sondershausen, Straubing, Witten, Zerbst und Zwickau. Diese Tarife beziehen sich sämtlich auf die Herrenmaschneiderei, in 19 Fällen außerdem auch auf die Uniform- und in 5 Fällen auf die Damen-schneiderei. Ferner sind noch die Tarife für die Damen-schneiderei gefündigt in: Eberfeld, Hamburg, Köln a. Rh. und Nürnberg. Da eine dreimonatige Kündigung besteht, haben die Tarife noch Gültigkeit bis zum 1. März 1913. Die Forderungen für die Neugestaltung der Tarifverträge sind zugleich mit der Tarifkündigung eingereicht. Die Forderungen für Lohnerhöhungen betragen in keinem Orte über 15 Prozent, alle gegenteiligen, in die Presse gebrachten Behauptungen sind unrichtig. Die Verhandlungen finden zunächst örtlich statt. Sofern bis zum 16. Januar eine Einigung nicht erzielt ist, sind die Differenzen bis längstens dem 30. Januar einem Kollegium von drei Unparteilichen, zurzeit bestehend aus den Herren Magistratsrat v. Schulz-Berlin, Gerichtsdirektor Dr. Brenner-München und Magistratsratspräsident Dr. Hiller-Frankfurt a. M. zu unterbreiten. Dieses Kollegium übernimmt die Vermittelung und ist auch berechtigt, einen Schiedspruch zu fällen. Diese Schiedsprüche unterliegen der Beschlußfassung der Vertragsparteien. Die Beschlußfassung hat bis zum 16. Februar zu erfolgen. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten befinden sich die örtlichen Verhandlungen noch im Anfangsstadium, die Unternehmer bieten meistens nur eine Lohnerhöhung von 3 bis 5 Prozent, einschließlich der Lieferung bzw. Entschädigung der Abzugskosten. Dies geringe Angebot ist die Folge einer Konferenz der Unternehmer aus den Lohnbewegungsarten, die vom Hauptvorstand des Unternehmerverbandes einberufen war und am 9. Dezember v. Js. in Frankfurt a. M. stattgefunden hat. Außer diesen hier angeführten Lohnbewegungen sind die Tarifverträge in einer Anzahl Orte gefündigt, wo keine Ortsgruppe des Unternehmerverbandes besteht. Dazu gehören u. a. die Damenmaschneidereien und die Herrenkonfektion in Berlin.

**Eine Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Nürnberg.** Im September 1912 forderten die städtischen Arbeiter Nürnbergs: Umwandlung der bestehenden Teuerungszulage in eine Lohnzulage von täglich 30 Pfennigen und 250 Mk. Lohn für Laternenanzünder, die durchschnittlich jeden Tag resp. jede Nacht 10 Stunden Dienst haben, einjährige Lohnvorrückungen von 10 Pfg. resp. 5 Pfg. täglich, Bezahlung der Ueberstunden, 8stündige Arbeitszeit und für durchgehende Schichten 8 Stunden. Diese bescheidenen Forderungen lehnte die bürgerliche Rathhausmehrheit mit der Begründung ab, daß kein Geld vorhanden sei. Es wurde ausgerechnet, daß hierzu über 600 000 Mk. jährlich nötig seien. In Wirklichkeit ist die benötigte Summe nur halb so hoch. Dabei machten die städtischen Betriebe im letzten Jahre einen Reinerwerb von 2 348 698 Mk. Die Arbeiter delegierten ihre Ausschußmitglieder zum Oberbürgermeister, um diesem die Forderungen nochmals zu unterbreiten. Der Oberbürgermeister verwies die Arbeiter auf die große Zahl der bei städtischen Betrieben Arbeitenden und auf die rapide Lohnsteigerung der letzten Jahre. Diese „rapide Lohnsteigerung“ bestand darin, daß die geradezu skandalös schlechten und niedrigen Löhne auf das feste Drängen der Arbeiter und der sozialdemokratischen Arbeitervertreter notwendig aufgebessert wurden. Vor einigen Jahren gab es noch Arbeitslöhne von 280 Mark. In der Behandlung der Lohnforderungen durch den Oberbürgermeister nahm eine Massenversammlung Stellung

und beschloß, die Forderungen sofort aufs neue an die städtischen Kollegien zu richten und für die Antwort den Termin auf die in 14 Tagen stattfindenden Statberatungen festzusetzen. Was im Falle einer neuerlichen Ablehnung der Forderungen erfolgt, haben nicht die Arbeiter und ihre Organisationen, der Gemeinbearbeiterverband, zu verantworten, sondern die liberale Rathhausmehrheit. Die Arbeiter, die jetzt eine starke Organisation besitzen, wollen sich unter keinen Umständen von den liberalen Stadtvätern so wie früher abspitzen lassen.

**Nach der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier.** „Der Bergarbeiter“, Organ des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter, schreibt in seiner letzten Nummer in einem Artikel über die Bewegung im Saarrevier: „Der wirtschaftliche Friede im Saarrevier ist ein Wünschenswert ist, daß die Bewegung auch an der staatlichen Bergwerksverwaltung nicht spurlos vorübergehe. Sie muß doch zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß in ihren Betrieben nicht alles so war, wie es sein sollte. Das gerade ersprechende Mißtrauen der Arbeiter gegenüber der staatlichen Bergwerksverwaltung muß ausgeräumt werden, wenn gesunde Verhältnisse eintreten sollen. Die Begleiterscheinungen der Bewegung haben auch gezeigt, daß an der Arbeiterschaft an der Saar noch viel Erziehungsarbeit zu leisten ist, die von der Gewerkschaftsbewegung allein nicht geleistet werden kann. Und diese Arbeit muß bald energisch aufgenommen werden. Die Sozialdemokratie steht auf dem Sprunge, einen Beutezug im Saarrevier zu versuchen.“ Das sagt der christliche Gewerkschaftsverein, der vorher in seinen Flugblättern zugedememte hatte, daß man kein Vertrauen zu der Bergwerksdirektion haben könne. Vorderrhand hat der Gewerkschaftsverein gerade alle Hände voll zu tun, das Mißtrauen seiner Mitglieder gegen die Großlappen zu beseitigen. Jetzt geht nun noch der Ruf: Bergwerksverwaltung hilf, die Sozialdemokratie kommt. Nicht umsonst ist diese Aufforderung an die Bergwerksverwaltung gerichtet, das Mißtrauen unter den Arbeitern zu heben. Sie geht daran, dies zu tun, doch nicht dadurch, daß sie Hand in Hand mit den Christlichen zu arbeiten gedenkt, sondern indem sie von diesen gelernt hat, wie man Arbeiter zersplittert. Von allen Gruben im Saarrevier wird gemeldet, daß Beamte daran sind, gelbe Werkvereine zu gründen. Listen liegen auf, worin die Belegschaftsmitglieder zum Eintritt aufgefordert werden. Doch die Saarbergarbeiter, deren Vertrauen zum christlichen Gewerkschaftsverein dahingegangen ist, wird sich nicht von neuem einfangen lassen. So wird der gelbe Fischzug nicht von gutem Gange begleitet sein.

**Der Boykott über die Halberstädter Württembergfabrik von Christian Förster** wird in unverminderter Weise weitergeführt. Die Vertreter der Firma erzählen ihren Abnehmern, um ihre Märkte los zu werden, die Differenzen seien beigelegt. Das ist un wahr. Bis jetzt hat sich die Firma noch nicht einmal zu Verhandlungen herbeigelassen, sie will also keinen Frieden. Die Bemühungen der Firma um ihre Kundenschaft zeigen aber, wie unangenehm ihr der Boykott ist und welche Wirkung der Boykott ausübt. Die Arbeiter und Arbeitervereine im Reich werden aber noch mehr als bisher darauf achten müssen, in welchen Restaurants, Fabrikantinnen und Kolonialwaren- und Delikatessengeschäften die Halberstädter Württemberg umgesehen werden, um den Boykott in vollem Umfange Geltung zu verschaffen. Dann wird auch die Fleischerorganisation in diesem ihr aufgezwungenen Kampfe als Sieger hervorgehen.

## Die Arbeiter-Internationale.

**Kroatien.** Seit Anfang November schon besteht in Kroatien der Ausnahmezustand, der dem Terrorismus von oben Tür und Tor öffnet. Jede Pressefreiheit hat aufgehört. Die Zeitungen dürfen kaum mehr wie die Bekanntmachungen der Regierung dringen. Täglich finden zahlreiche Ausweisungen statt, die sich besonders gegen die Serben richten. So werden die Unternehmer von der Behörde vielfach aufgefordert, ihre serbischen Arbeiter zu entlassen, damit sie als lästige Ausländer des Landes verwiesen werden können.

**Norwegen.** Im letzten Jahre nahmen die Gewerkschaften von 7000 Mitglieder zu. Jetzt zählen sie über 60 000 Mitglieder. — Die Buchdrucker, die 95 Proz. ihrer Berufskollegen organisiert haben, kündigten den seit 6 Jahren bestehenden Tarifvertrag. Derselbe läuft Ende März d. J. ab. — Der höchste Richter des Landes, Präsident des Kriegesgerichtes in Christiania, Herr Thinn, hat sich kürzlich öffentlich für die Anschauungen der Sozialdemokratie bekannt.

**Österreich.** Die Gewerkschaft, das Zentralorgan der österreichischen Gewerkschaften, erscheint seit Beginn dieses Jahres wöchentlich in deutscher und alle 14 Tage in tschechischer Sprache. Eine polnische Ausgabe ist im Prinzip ebenfalls beschlossen, wie auch ein größerer Ausbau der Gewerkschaftszentrale. — Die Lohnforderung der Handshuhmacherinnen in Prag wurden von den Unternehmern abgewiesen. — Die Wiener Stoffeure stehen seit langem mit den Unternehmern wegen eines neuen Tarifs in Verhandlung. Zugang ist daher streng ferngehalten. — Nach einer Statistik des Holzarbeiterverbandes gibt es in Wien 11 718 Tischler. Deren durchschnittliche Arbeitszeit beträgt wöchentlich 54 1/2 Stunden gegen 57 1/2 Stunden im Jahre 1906. 6 % der Tischler arbeiten in Wochenlohn, 27 % im Tagelohn, 41 % im Stundenlohn, 26 % im Stücklohn. Die Hälfte aller Tischler verdient jetzt 28—32 Kronen, fast ein Viertel verdient 33 bis 40 Kronen pro Woche. Pro Tag beträgt der Durchschnittslohn für alle Tischler jetzt 5 Kronen gegen 4 Kronen in 1906.

**Rußland.** Nach den Berichten der Gewerbeinspektoren ist der Brotpreis im Durchschnitt um 10 % innerhalb der letzten zwei Jahre gestiegen, während die Löhne der Fabrikarbeiter durchweg nur um 3 % stiegen, und das auch nur dort, wo sie Lohnbewegungen mit Erfolg durchführen konnten. — In den russischen Disziplinierungs wurden 1300 Bucharbeiter gesperrt. Die Behörde löste darauf den Verein der Gehilfen auf, sperrte die Leiter ein, verurteilte 10 Gehilfen, weil sie Fragebogen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verteilt hatten (!), zu je 10 Monaten Gefängnis, wies viele Streitende aus und tat auch sonst alles, den Beschluß der Unternehmer, die Bande auszuhungern, durchzuführen zu helfen. Nach den letzten Nachrichten haben die Gehilfen trotzdem schon in etwa die Hälfte der Betriebe gestiegen und den Neunstundentag und andere Reformen erungen.

**Schweiz.** Der schweizerische Holzarbeiterverband zählte Ende 1912 über 8000 Mitglieder gegen 7016 zu Beginn des Jahres. — Der vor zwei Jahren von den Weisern gegründete gelbe „Säckergehilfen-Verein“ ist in Liquidation getreten. — Der nächste Gewerkschaftstourenzug wird voraussichtlich im September in Zürich stattfinden. Ihm wird sich die 8. Internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen und, zum ersten Male, eine Konferenz der internationalen Berufssekretäre anschließen.

**Serbien.** Auf Antrag der serbischen und bulgarischen Gewerkschaften hat das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentrale an die Gewerkschaften der angeschlossen Länder einen Ausruf um Unterstützung der Genossen in jenen beiden Ländern gerichtet. Es handelt sich darum, die Gewerkschaften dort vor dem Untergange zu bewahren, ihre Gewerkschaftshäuser und ihre Presse zu erhalten und sie ferner bei ihren Bestrebungen, die notleidenden Familien der auf dem Schlachtfelde Lebenden Gewerkschafts-

Waffeltäter oder heimtückende bewunderte Mitteltäter zu unterstützen. So wird die internationale Solidarität der Arbeiter manche Wunde heilen und viel Not lindern können, die ihre serbischen und bulgarischen Klassengenossen ihren Prozenpatrioten verdanken.

**Vereinigste Staaten.** Von den in Indianapolis wegen „interstaatlichen Dynamitverfahrs“ angeklagten Gewerkschaftlern wurden 38 zu Gefängnisstrafen von 1 bis 7 Jahren verurteilt. Als Zeugen der Anklage trafen nur Spiegel und Postkisten auf. Die Verteidigung hat sofort Berufung gegen das Urteil eingelegt. — In Washington setzten die Seher einen Wochenlohn von 28 Dollar bei täglich siebenstündiger Arbeitszeit durch. — Ihren ersten großen Streik gewannen die Handlungsgehilfen in Springfield, Ill., wo ein Schiedsgericht die Arbeitszeit erheblich herabsetzte und einen Minimallohn von 10 Dollar pro Woche für Verkaufsräume in Kolonialwarengeschäften festlegte. — In Newport sind über 125 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, darunter über die Hälfte Juden, an einem Ausstände in der Bekleidungsindustrie beteiligt. Sie verlangen den Achtstundentag, Abschaffung der Heimarbeit usw. — Eine staatliche Untersuchungskommission im Staate New York stellte fest, daß Tausende kleiner Kinder von 4—6 Jahren in den Konfektionsfabriken beschäftigt werden, trotzdem die Fabrikinspektion in manchen Orten anordnete, daß Kinder unter 5 (1) Jahren nicht mehr beschäftigt werden dürfen.

### Kommunales.

**Städtische Müllverbrennungsanstalt in Chemnitz.** Das Stadtverordnetenkollegium in Chemnitz beschloß die Errichtung einer städtischen Müllverbrennungsanstalt. Nach dem Voranschlag werden sich die Kosten der Anlage auf etwa 900 000 Mark stellen. Mit den jetzt bestehenden Anlagen in Deutschland wird in der Hauptsache lediglich die Müllverbrennung (also die Müllverbrennung) betrieben. Der erzeugte Dampf wird zum größten Teil nicht verwertet und eine Verwertung der Schlacken findet nur in wenigen Anlagen statt. Chemnitz wird (außer der Speisung des Elektrizitätswerkes mit Dampf aus der Müllverbrennungsanlage) durch die Verwendung der entstehenden Müllschlacke eine Mauersteinfabrik betreiben. Die Betriebskosten der Anlage dürften sich auf jährlich 242 000 Mark belaufen, während man aus der Verwertung des Dampfes und der Schlacken mit einer Einnahme von rund 230 000 Mk. rechnen kann. Inmitten würde sich ein jährlicher Zuschuß von etwa 20 000 Mk. erzielen lassen. Über die Müllverbrennung ist auf eine einwandfreie Grundlage gestellt.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Ein überreizter Kompagniechef.** Von dem Düsseldorfser Schöffengericht war der Arbeiter Jakob Müller zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er Arbeitswille dadurch beleidigt haben sollte, daß er einen anderen Arbeiter veranlaßte, einen Zettel mit der Aufschrift: „Was ist ein Streikbrecher? Der größte Lump im ganzen Land!“ im Betrieb des Eisenwerks „Phönix“ anzustreuen. Müller hatte gegen das Urteil rechtzeitig Berufung eingelegt und wurde auch am Freitag von der Düsseldorfser Strafkammer freigesprochen. Das Gericht folgte den Ausführungen des Rechtsanwalts, daß man durch einen solchen, allgemein gehaltenen Zettel nicht ungenannte Personen beleidigen könne. Trotz des freisprechenden Urteils hat aber Müller die Strafe abtun müssen! Er war nämlich inzwischen zum Militär eingezogen worden und der Kompagniechef verfügte kurzerhand und ohne Rücksicht auf die Berufung die Vollstreckung des Schöffengerichtsurteils! Wir sind neugierig, wie man den Arbeiter für die unentschieden erlassene Strafe schadlos halten wird. Dem überreizten Kompagniechef dürfte trotz der vollenbenedeten Rechtsgerantien wegen der begangenen Freiheitsberaubung kaum etwas geschehen.

### Aus Nah und Fern.

**Der Mordmörder Sternickel** hat erklärt, daß er eigentlich Anwalt Kranke gehe. Er erklärte dem Kriminalkommissar, daß er mit seinem Leben abgeschlossen habe. Ob er heute auf das Schafotter gebracht werde oder morgen, ist ihm ganz egal. Am Vorleser seiner Vernehmung schilderte er die Umstände des Mordes an dem Mühlenbesitzer Gnara und beschrieb die Kreuz- und Querfahrten vor seiner Entdeckung. Er gibt auch eine Reihe von Eindrucksbildern zu.

**2 Flieger ertranken.** Als zwei Flieger zwischen Dartford und Greenhills (England) eine Versuchsfahrt auf einem neuen Vickers-Zweidecker machten, stürzte das Flugzeug nach einer heftigen Cytelone in die Themis. Die Flieger ertranken.

**Zimmer noch mehr Militärwärter.** Wie die „Berliner Beamten-Korrespondenz“ mitteilt, hat der Justizminister durch eine Verfügung vom 5. November 1912 den § 3 Absatz 1 der Kanzeleibehörden vom 27. März 1907 einseitigen außer Kraft gesetzt. Danach sind Kanzeleihilfen von den Justizbehörden bis auf weiteres nicht mehr anzunehmen. Wird die Annahme neuer Schreibkräfte erforderlich, so sind Hilfskandidaten unter Beachtung der Vorschriften des § 3 der Kanzeleibehörden einzustellen. Dabei sind in erster Linie Militärwärter zu berücksichtigen, die Stellenanwärter für den Kanzeleibehörden- oder Kanzeleihilfendienst sind oder deren Brauchbarkeit für den Kanzeleibehörden nach den Vorschriften festgestellt ist.

**Starker Schneefall** ist in Mitteldeutschland und in England eingetreten. Die Züge erleiden längere Verspätungen. Aus London wird gemeldet: Ein fürchterlicher Sturmwind ist in den letzten 24 Stunden über den nördlichen Teil von England hinweggezogen, hat Eis und Schnee und vielen Menschen, namentlich zur See, Schrecken und Tod gebracht. In Cumberland fuhr ein Zug in einen Schneehaufen hinein und blieb die ganze Nacht stecken. Die Passagiere, die auf solches Wetter nicht vorbereitet waren, litten große Not. In Newcastle dauerte der Schneefall 38 Stunden. Die „Mauretania“, die am Sonnabend nach Amerika abfahren sollte, konnte infolge des Sturmes erst Sonntag nachmittags abgehen. Zahlreiche Unglücksfälle werden aus den Hafenorten berichtet.

**Infolge Nebels** stieß bei Birmingham ein Schnellzug mit einem Personenzug zusammen. Zwei Personen sind tot, 40 verletzt.

**Steuerhauere Staatsstücken.** In Dortmund, wo vor zwei Jahren die riesigen Steuerhinterziehungen des katholischen Fabrikanten August Kläne so lebhaftes Aufsehen erregten, ist jetzt eine neue Steuerhinterziehung entdeckt worden. Diesmal ist der Schuldige ein liberaler Stadtverordneter. Als die Steuerbehörde Verdacht schöpfte und eine Büchervereinsrevision anordnete, erklärte sich der Defraudant sofort zur Nachzahlung von 18 000 Mark bereit. Darauf hat die Steuerbehörde keine Strafanzeige erstattet. Das Schicksal an der Sache ist, daß in liberalen Kreisen die Tat des Defraudanten noch entschuldigt wird und sich Bestrebungen geltend machen, ihn der Fraktion, also auch dem Stadtverordnetenkollegium zu erhalten. Man betrachtet es als ungebührig, daß die Presse den Fall veröffentlicht hat, der nur „eine Privatangelegenheit des Betroffenen sei.“ Das sind nette Moralanschauungen. Augenblicklich ist der Herr verreist. Ob er joweil Tagelöhner bleibt, sein Mandat niederzulegen? — Es ist übrigens die Rede von noch einem zweiten Fall, der ebenfalls einen bürgerlichen Stadtverordneten betreffen soll. — Weiter wird hierzu gemeldet: Der liberale Stadtverordnete Otto zur Vellen hat dem Vorsitzenden des Stadtverordnetenkollegiums durch Schreiben mitgeteilt, daß er sein Mandat niederlege. Damit ist die Persönlichkeit des Defraudanten festgelegt, dessen Namen die bürgerliche Presse hartnäckig verschwiegen. Er hat also die Konsequenzen seiner Handlungen gezogen, obwohl man ihn der liberalen Fraktion zu erhalten suchte. Otto zur Vellen ist Großkaufmann und Inhaber der Agentur des „Nordde Lloyd“ in Dortmund. Die hinterzogene Steuer summe soll sich auf 10 zurückliegende Jahre verteilen. Wie die „Dortmunder Ztg.“ entschuldigend mitteilt, soll zur Vellen geglaubt haben, er könne den Aufwand für den Haushalt seiner Familie vom Einkommen in Abzug bringen. Unter solchen Umständen müßten ja die Arbeiter überhaupt von allen Steuern befreit sein.

**Probatum est.** Die Direktion des Lehrerseminars in Petershagen bei Minden hat in schlaflosen Nächten darüber nachgedacht, wie dem Zeitfabel, genannt Fleischsteuerung, seine üble Einwirkung auf das gerühmte Lehrerbildungsinstitut genommen werden könnte, und siehe da: Es ist etwas ungeheuer Praktisches dabei herausgekommen. Nach der „Mindener Zeitung“ ist den Kostwirts, bei denen die Seminaristen und Präparanden in Pension sind, von der Seminardirektion aufgegeben worden, den jungen Leuten das Frühstück ohne Aufschnitt zu verabreichen und außerdem bei den Mahlzeiten die Fleischportion einzuschränken und statt dessen reichliche Gemüsekost zu geben! — Das ist das probate Mittel des Bayern, der seinem Ekel das Fressen abgewöhnen wollte. Wenn nur die angehenden Volkshilfen auf solchen wirtschaftspolitischen Anschauungsunterricht nicht mit einer bedenklichen Unversandtheit antworteten.

**Vatermord.** Aus Budapest wird gemeldet: Der 25jährige Sohn des Möbelfabrikanten Robert Schölerl, der seit längerer Zeit an nervösen Anfällen leidet, blieb am Sonntag abend, während seine Mutter und seine Schwester das Theater besuchten, mit seinem Vater allein zu Hause.

**Pöblich bekam** er einen hysterischen Anfall, begann zu tobend, griff nach seinem Revolver und erschoss seinen ihm beschwichtigenden Vater. Derbeilebende fanden den Mörder in Krämpfen auf dem Boden.

**Behördliche Hinordnung von Kranken in China.** Aus Shanghai wird gemeldet: Briefe der katholischen Missionen aus Saining in der Provinz Kwangsi, datiert vom 14. Dezember, schildern die grausame Tötung von 39 Auswägigen auf Befehl der Provinzialbehörde. Die Auswägigen lebten jahrelang in einem Bad, wenige Meilen vom Reichthum der Stadt entfernt. Angehts ihrer erbarmungswürdigen Verlassenheit suchten die katholischen Padres um die Erlaubnis nach, auf eigene Kosten eine Zufluchtsstätte für sie zu errichten. Die Behörden schlugen dies zunächst ab, später erteilten sie scheinbar die Genehmigung, ließen aber auf dem Paradesfeld vor der Stadt eine Grube graben, den Boden derselben mit Holz bedecken, das mit Petroleum getränkt war, und nachdem sie das Holz angebrannt hatten, die ahnungslosen Auswägigen mit dem Bajonett in die Grube hineintreiben, wo sie in Gegenwart einer großen Menge in den Flammen umkamen. Außerdem wurden Belohnungen für die Entdeckung noch anderer Auswägiger ausgesetzt, leitend wieder ein Kranker, der erschossen wurde, ergriffen worden war. Der Totu erließ eine Bekanntmachung, in welcher den Auswägigen Verbrechen vorgeworfen werden, ohne daß der geringste Beweis für diese Verbrechen vorliegt. Die Behörden gehen so weit, sich ihrer Taten noch zu rühmen.

**Der reichste Fürst.** Die Fürsten von Schaumburg-Lippe haben von jeher in dem Geruche gestanden, ungeheuer viel Geld zu haben. Tatsache ist, daß bückeburgisches Kapital in den verschiedensten Gegenden der Welt wirbt und daß der Privatbesitz des Fürsten ganz ungewöhnlich groß ist, im Verhältnis zu der kleinen Fläche, über die er, als Landherr gebietet. Jetzt ist wieder ein Verkauf von ungarischem Grundbesitz an eine Holzverwertungsgesellschaft zustande gekommen, durch den 16 Millionen Kronen Bargeld nach Bückeburg fließen. Wilhelm II. ist erst vor vier Wochen einige Tage in Bückeburg gewesen. Er wird auch hier von Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen nichts gespürt haben.

**Darf ein Sozialdemokrat schwören?** Es gibt in Deutschland sicher Leute genug, die sich heidenmäßig ärgern, daß Sozialdemokraten vor Gericht auch schwören dürfen, und namentlich das Zentrum würde bereit sein, den Sozialdemokraten dieses Recht kurzer Hand zu nehmen. Da dies nun leider nicht geht, begnügt sich die Zentrumspreffe vorläufig damit, ihre Leser einfach dahin zu informieren, daß ein Sozialdemokrat ohne irgendwelche Skrupel einen Meineid leistet. Auf diese infame kirchliche Hehe dürfte darum auch folgender beispielloser Fall zurückzuführen sein, der sich in der bekannten frommen Meinesidsee Trier abspielte. In einer Sitzung am Schöffengericht trat u. a. auch die Frau eines Genossen als Zeugin auf. Und da Befehl der Angeklagte, ein Fuhrwerksbesitzer von Trier, die Unversehrtheit, dem Vorsitzenden die Frage vorzulegen: Darf ein Sozialdemokrat überhaupt schwören? Die Zeugin ist die Frau des ersten Sozialdemokraten von Trier! Der Angeklagte wurde zwar vom Vorsitzenden energigisch zurechtgewiesen, aber man kann daraus ersehen, welche Früchte kirchliche Hehe zeitigt.

**Hochwasser** fließt der Ohio in den Vereinigten Staaten mit sich. 3000 Menschen sind dadurch obdachlos geworden.

**Kleine Chronik.** In der Nacht vom Sonntag hat sich in dem Hause Sophie-Charlottenstraße Nr. 81 in Charlottenburg eine schwere Bluttat abgespielt. Der Monteur Otto Breßler erstickt in einem Streit seinen älteren Bruder, den Rohrleger Emil Breßler. Der Mörder wurde festgenommen. — Beim Eislauf brachen in der Gemeinde Wattencheidt ein 16jähriger Schüler und ein 13jähriges Mädchen ein. Beide ertranken. — Das geheimnisvolle Dunkel, das seit mehr als drei Jahren über dem plötzlichen Verschwinden des Berliner Sekretariats-Assistenten Franz Behm lag und trotz aller Bemühungen der Gerichte und Behörden bisher nicht aufgeheilt werden konnte, ist jetzt gelichtet worden. Die Frau des Verschollenen hat das Geständnis abgelegt, daß ihr damaliger Liebhaber, der Arbeiter Kolbe, ihren Mann erschossen hat. — In Mannheim hat ein Lastautomobil der Firma Benz eine Telegrafenanlage ungerissen, die einen Knaben erschlug. Beide Chauffeure wurden schwer verletzt. — In Karlsbad in Schweden brach am Sonnabend abend der sechsjährige Sohn eines Fabrikarbeiters auf dem Eise ein, ebenso die zu Hilfe geeilten Eltern und der achtjährige Bruder des Jungen. Alle ertranken.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Adolf Schwarz**  
**Emilie Schwarz**  
geb. Burmeister  
Vermählte.  
Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu ihrer Hochzeit danken  
379) D. O.

**Chor-Verein**  
**Lübeck.**  
Am Sonntag morgen sind unter langjähriger Dirigentenleitung  
**Theodor Lippert.**  
Ihre Herren Anwesenden!  
Die Veranstaltung findet am Donnerstag, den 14. Januar, morgens 11½ Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Gesangsvereins (Lübeck) aus statt.  
Am nächsten Sonntag  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Verein.**  
Am Montag morgen sind unter langjähriger Dirigentenleitung  
**Hermann Schult.**  
Ihre Herren Anwesenden!  
Die Veranstaltung findet am Donnerstag, den 14. Januar, morgens 11½ Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Gesangsvereins (Lübeck) aus statt.  
Am nächsten Sonntag  
**Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Bauarbeiter-Verbd.**

**Nachruf.**  
Am Sonntag, dem 12. Januar, verstarb nach langer schwerer Krankheit Herr Kollege **Maurer**  
**H. Schult**  
im Alter von 49 Jahren.  
Für seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle des Bauarbeiter-Kriegervereins aus statt. Die Kollegen versammeln sich bis 2 Uhr in „Seigen Gäß“ zu Krempeiberg. Am rege Beteiligung eruchtet.  
**Der Vorstand.**

**Denkmalsetzung.**  
Allen Verwandten und Bekannten, die meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, die letzte Ehre erwarben, ihren Segen zu reich mitbringen schmähten und für die treuereichen Worte des Herrn Pastor Müller liegen herzlichen Dank.  
**Heinr. Butt** und Kinder.  
Gedrukt ist  
**Mangelwäsche-Platteria.**  
4—5 Tage die Woche. Guter Segen und ganz kost.  
Jers.  
Mittelstraße 5. Mühlentor.  
Am 1. April  
**ein Maurerlehrling.**

**Malerlehrling**  
zu Ötern gesucht. (115)  
**E. Sebarhorst, Fächlingstr. 17.**

Zu vermieten ein flotter Damen-Maschinenzug (Schmetterling). 330) Travenmännstr. 45, II. L.  
Suche zum 1. April eine Zwei-Stuben-Wohnung, Postentor bevorzugt. Ang. unter Sch E an die Exp. d. Bl. 339

Starkes Fahrrad billig zu verk. 333) Chausstr. 18, part. I.  
Zu verkaufen 1 weiße Turnhose und 2 Turnhemden. 375) Fächergrube 32, Haus 2, I.  
Zu verkaufen Muntelraben. 390) Fochergrube 2.

**Weine, Spirituosen u. Liköre**  
in jeder Preislage  
183) empfiehlt  
**J. H. Stooß, Engelsgrube.**  
Abreisenden aufbewahrt u. nachgehändelt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Spektationsgeschäft **Fischergr. 52.** (184)

Achtung Radfahrer! (64)  
**Schmidts Prima Löwenpneumatic**  
ist das beste und billigste.  
Karbon zu billigsten Tagespreisen.  
**H. A. Hill Nachf., Johannistr. 9.**

**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der  
**Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.**  
Johannisstraße 46.

**Inventur-Ausverkauf**  
in  
**allen Artikeln.**  
Reste aller Art spottbillig.  
**Herren-Loden-Joppen**  
für die Hälfte des Wertes.  
**Herren-Paletots**  
für die Hälfte des Wertes.  
Fertige Betten  
einzelne Teile spottbillig.  
**F. Jürgensen,**  
Ecke Fackenburg und  
Schwartauer Allee. (394)

**Hosenselle**  
Kanin, Warden, Fittis, Fuchs usw., sowie Pferdehaare laufen zu höchsten Tagespreisen. (65)  
**D. Wagner, Holstenstr. 8.**

**Plakate**  
betr.  
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungsmitteln  
sind zum Preise von 30 Pf. per Stück zu haben in der  
**Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**  
Johannisstraße 46.

**Die Arbeitsgarderoben**  
von  
**Bahr & Umlandt**  
— Breite Straße 31 —  
sind anerkannt preisw. u. haltbar.  
Zwirnrosen . . 1.40 bis 3.50  
Wollrosen . . . 2.50 bis 5.50  
Wauerschoten . 2.90 bis 7.50  
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50  
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00  
Klapp- u. Sauchrosen in allen Qualitäten.  
Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.  
(60)